

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Bundes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abo-Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Quartalsjahr. Zu bezahlen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder auenigstens.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Thaddeus Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Insetrate für die übergeordneten Partizipate oder deren Raum 20 Pf.  
Vergnügungsanzeigen und Werbevermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

## Freier Wettbewerb der Kräfte!

I.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, **Theodore Roosevelt**, macht augenscheinlich eine Weltreise und gibt überall seine Weisheit zum besten. In der Pariser Universität der Sorbonne hielt er einen Vortrag über „Bürgerpflichten in der Republik“, der uns lehrt, wie sich die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft im Kopfe des gesieerten Amerikaners wiederholt. Die uns interessierenden Sätze des Vortrags lauten: „Ein folgerichtiger und extremer Sozialismus bedeutet für jede Rasse den Tod durch Selbstvernichtung. Er schließt eine schlimmere Unmoralität in sich ein, als jedes andere System sozialer Art. Trotzdem kann man aber gewisse Prinzipien von Leuten annehmen, die sich Sozialisten nennen. Das Grundprinzip der menschlichen Gesellschaft muß sein, daß jeder Mensch Anspruch hat auf die gleiche Gelegenheit, der Welt zu zeigen, aus welchem Stoff er gemacht sei, aber ungleichen Leistungen muß stets eine ungleiche Belohnung entsprechen.“

Das Problem oder eigentlich die zwei Probleme — Leistung des Individuums und Gegenleistung der Gesellschaft — sind so interessant und spielen in dem Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine solch wichtige Rolle, daß es sich wohl verloren dürfte, ihnen näher zu treten und sie auf ihre Nichtigkeit hin zu prüfen. Auf das von dem geborenen Missionärem Roosevelt mit der Miene eines Gemüters ausgesprochene Urteil über den Sozialismus gehen wir natürlich nicht ein; es hat nicht die geringste Beweiskraft, und der Redner hat nicht einmal den schüchternsten Versuch gemacht, für seine apodiktische Behauptung irgend einen Beweis zu erbringen. Das einzige, was dieses ungeheuerliche, ohne jede Unterlage gefallene Urteil beweist, ist die Tatsache, daß Roosevelt das Wesen des Sozialismus gar nicht kennt; wir legen es also zu dem übrigen und trösten uns mit der fröhlichen Gewissheit, daß schon manche soziale Idee, die totgeschlagen wurde, ein sehr zähes Leben gehabt hat. Jeder Soziologe weiß, daß eine Behauptung, die sich auf die zukünftige Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens bezieht, solange in der Luft schwimmt und deshalb wertlos ist, wie sie nicht durch Tatsache sozialer oder sozialgeistiger Art unterstützt wird. Solange bleibt sie eine leere Redensart, die höchstens leichtgläubigen Menschen imponiert, die aber ein ernster Denker mit einem Achselzucken abtut.

Was nun die Roosevelt'sche Behauptung von der gleichen Gelegenheit und von der ungleichen Entlohnung ungleicher Leistungen anbetrifft, so muß jeder Kenner der Verhältnisse ohne weiteres einräumen, daß Roosevelt die kapitalistische Praxis mit der sozialistischen Theorie verwechselt. Offenbar will er seine Zuhörer glauben machen, daß im Kapitalismus die von ihm geforderte gleiche Gelegenheit vorhanden sei und daß die ungleiche Entlohnung für ungleiche Leistungen heutzutage ganz und gäbe. Das ist natürlich eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und man muß die Dreistigkeit bewundern, mit der der Redner seinen Zuhörern, den Spiken der Gesellschaft und den Trägern der Wissenschaft Dinge erzählt, deren Unrichtigkeit jedes Kind kennt. Jedes Kind weiß nämlich, daß eine gleiche soziale Gelegenheit nirgends besteht und daß eine gleiche Entlohnung für ungleiche Leistungen u. a. bei der in der gleichen Gehaltsklasse stehenden Beamten allgemeiner Brauch ist. Wir wollen also der Sache mal auf den Grund gehen.

Wir wiederholen noch einmal, daß in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft von einer Gelegenheit, zu zeigen, was man leisten kann, nur in ganz beschränktem Maße die Rede sein kann. Die wirtschaftliche, geistige, soziale und rechtliche Ungleichheit ist ebenso groß, als daß sie eine freie Entfaltung der Kräfte gestattete. Die oberen Schichten des Volkes, die sich „die nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ nennen, wiegen sich in dem Wahne, sie seien aus besserem Holze geschnitten, als das gewöhnliche Publikum, und nehmen deshalb alle Vorrechte für sich in Anspruch. Da ist zunächst die adelige Junkersippe, deren Vorfahren Rauhritter und Strauchdiebe gewesen sind, die auf ihr blaues Blut pocht und sich für geborene Führer und Lenker des Staates hält. Diese „Eselsten und Besten der Nation“ belegen die fettesten Gründen und einflussreichsten Stellen in Staat und Gemeinde mit Besitz, sie sind überall dort zu finden, wo viel verdient und wenig gearbeitet wird; sie lachen über die gleiche Gelegenheit und halten alle tüchtigen Leute, die mal zeigen wollen, was sie leisten können,

von ihrer Futtertrappe fern; diesen Elementen überlassen sie die schlechtbezahlten Stellen, wo am meisten gearbeitet werden muß. Man lese nur die Mängeliste der deutschen Armee und prüfe die Namen der höheren Beamten des Staates. Auch der Adel des Geldsackes macht sich immer mehr neben dem Geburtsadel bemerkbar. Auch die Söhne der reichgewordenen Bourgeoisie drängen sich immer mehr an die Futtertruppen heran und beissen die nicht mit Glücksgütern gesegneten Verwerber fort. Die Vorrechte der Geburt und des Vermögens machen den Unter- und Mittelschichten die Konkurrenz sehr schwer, manchmal ganz unmöglich, und nur mit dem Gefühl der Witterkeit kann ein tüchtiger Mensch das Roosevelt'sche Wort von der gleichen Gelegenheit lesen.

In anschaulicher Weise behandelt ein englischer Soziologe, Thomas Hugley, dieses Thema. Er vergleicht die menschliche Gesellschaft mit einem Teiche. Auf der Oberfläche des Teiches schwimmen Leute herum, die Schwimmgürtel unter den Armen tragen, während auf dem Boden des Teiches Leute liegen, denen man Bleikugeln und Eisenketten an die Beine gebunden hat. Würde man ersteren die Schwimmgürtel abschneiden, so würden sie untersinken, würde man letzteren die Bleikugeln und Eisenketten abnehmen, so würden sie vielleicht emporsteigen. „Wir alle kennen ehrliche Lords und fromme Bischöfe,“ schreibt Hugley, „die sich sehr gut zu Rütschern, Rettungsleuten und Billardspieler geeignet hätten, wenn sie nicht durch die sozialen Schwimmgürtel über Wasser gehalten worden wären; wir alle kennen aber auch Männer aus den untersten Volksschichten, von denen jedermann sagte: was hätte aus diesen Leuten werden können, wenn sie ein wenig mehr Ausbildung und Förderung gehabt hätten.“ Hugley verspottet auch die Nebensärt der Frommen im Lande, die den lieben Gott bei jeder Gelegenheit in die Debatte ziehen und verlangen, daß jeder Mensch die Stelle in der Gesellschaft ausfüllen müsse, an die ihn der Herrgott gesetzt habe. „Das klingt ja sehr schön,“ meint er, „doch hält es bei näherem Nachdenken nicht Stand. Denn wie sollte ein Mensch herausfinden, an welche Stelle ihn Gott gesetzt hat? Wie wir alle wissen, kommt ein neugeborenes Kind doch nicht mit einer Etikette zur Welt, worauf Strafseifer oder Kommerzialrat oder Bischof oder Minister geschrieben steht. Die Natur wirkt die Menschen nackt und bloß, mit allerlei Kräften und Fähigkeiten bewappt, auf die Bühne des Lebens. Ein Mensch kann seinen richtigen Platz in der Welt doch erst einnehmen, wenn er geprüft hat, wozu seine Fähigkeiten reichen und wo er sie entfalten kann. Warum will man also den einen in Folge mangelnder Ausbildung oder wirtschaftlicher Abhängigkeit am Grunde der Gesellschaft ausschließen, während der andere trotz mangelnder Begabung und offensichtlicher Unfähigkeit lustig auf der Höhe der Gesellschaft herumplätschert?“

Aber das ist ja gerade das Unglück in der heutigen Gesellschaft, daß den Kindern des Glücks, die in der Wahl ihrer Eltern sehr vorsichtig gewesen sind, alles leicht gemacht wird, während die Eltern der Schicksals sich vergebens abmühen. Darum fordert der Sozialismus, daß alle Menschen durch eine gründliche Ausbildung und durch wirtschaftliche Sicherstellung ihrer Person die Gelegenheit gegeben wird, den Kampf des Lebens erfolgreich zu bestehen. Der freie Wettbewerb der Kräfte ist die Grundlage einer vernünftig und gerecht organisierten Gesellschaft.

## Klassenkampf und Moraltheologie.

In der Auseinandersetzung der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen spielt die Stellung zum Streit eine bedeutende Rolle. Die christlichen Gewerkschaften standen in ihrer ersten Zeit dem Streit, wenn auch nicht grundsätzlich ablehnend, so doch recht mißtrauisch gegenüber. Sie erblickten in dem Ausstand eine Neuherierung des von ihren Gründern und Gönern im Zentrum so verabscheut Klassenkampfes; sie nannten die sozialistischen Organisationen „Streitvereine“, und um sich von ihnen recht deutlich zu unterscheiden, legten sie Wert darauf, zu betonen, daß sie die soziale Frage auf friedlichem Wege lösen und ihre Forderungen durch gültige Vereinbarung mit den Unternehmern durchsetzen wollten; nur als allerletzes Mittel, gleichsam nur als in der Theorie zulässige Waffe, sollte der Streit angesehen werden. Von dieser platonischen Auffassung des Streits sind die Christlichen ja nun bald belehrt worden durch die Verhältnisse selber, die sie lehrten, daß die Unternehmer auf die beschädigte Haltung der braven, gläubigen Arbeiter piffen und sie, wenn Forderungen

gestellt wurden, gar nicht anders behandelten, als sie die Sozialdemokraten auch behandelten. So lamen denn die Christlichen, wenn die Führer die mühsam gesammelten Schäfchen nicht gleich wieder verzieren wollten, von selber auf den Weg des horcher so geschulten Klassenkampfes; sie streiften flott drauf los und durch den Zwang der Verhältnisse haben sie denn die Arbeitseinstellung als wichtigste Waffe im Kampfe um die Besserung der Arbeiterlage schämen und leben gelernt, so daß 1902 der Führer der christlichen Holzarbeiter in Köln verkünden konnte: „Mindestens man uns die Waffe des Streiks, dann hat für uns die Gewerkschaftsbewegung keinen Wert mehr.“

Anderer die katholischen Fachabteilungen. Diese verwerfen den Ausstand grundsätzlich und sie glauben eine Stütze für ihre Haltung in der Encyclique Rerum novarum, der sog. Arbeitsercyclique Leo XIII. vom Jahre 1891, zu finden. Dort ist zwar nicht gerade für die katholischen Arbeiter die Teilnahme an einem Ausstand mit ausdrücklichen Worten verboten, aber seine Schäden und Schrecken werben dort in einer Weise geschildert, daß ein gläubiges Gemüt allen Mut verliert, sich je an einer Arbeitseinstellung zu beteiligen. Nach Erscheinen der genannten Encyclique hat der Jesuitenpater Ehmühl dem Streit eine besondere Schrift gewidmet, worin er den Streit von der moralischen, der rechtlichen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Seite aus beleuchtet und seine Berechtigung nach jeder dieser Seiten hin prüft, worauf er zu dem Schluß kommt: „Sollen wir nach allem diesem sogenannten Streit verurteilen? Darauf müssen wir mit Mein antworten, wenn wir ihn in sich, nach seiner theoretisch rechtlichen Seite betrachten, wiewohl er wegen der ihm gewöhnlich begleitenden Uebelpрактиk kaum je tatsächlich sein kann.“ Und genau so ablehnend verhalten sich zwei andere sozialpolitische Leute aus dem Jesuitenorden dem Streit gegenüber, die Patres Meier und Hammerstein.

Es fehlt also den Führern der katholischen Fachabteilungen nicht an Material, um ihre ablehnende Haltung den Ausständen gegenüber zu rechtfertigen. Dombifat Treitz hat in seiner Schrift über den „modernen Gewerkschaftsgedanken vom Standpunkt der Vernunft und Moral“ reichlich zugunsten der katholischen Fachabteilungen Gebrauch gemacht. Treitz beantwortet die Frage nach der Erlaubtheit des Streiks dahin, daß seine Anwendung im Falle der Notwehr nicht verwehrt sein könne: „Ist der Streit wirklich eine Notwehr, dann ist damit von selbst seine Berechtigung ausgesprochen. Das ist aber jedesmal der Fall, wenn die naturrechtlichen Bedingungen im Arbeitsverhältnisse nicht gewährleistet, wenn also der Arbeitgeber dem Arbeiter einen Lohn zahlt, von dem er nicht zu existieren vermag oder wenn er von ihm eine Arbeit verlangt, die mit offensichtlicher Gefahr für Leben oder Sittlichkeit des Arbeiters verbunden ist.“ Das ist immerhin schon etwas — aber nur in der Theorie; in der Praxis kommt es wieder auf die Verwerfung des Ausstands hinaus, denn Treitz beruft sich auf Behnkuhl: „Was im allgemeinen als ein ungerecht niedriger Lohn bezeichnet werden muß, kann durch die Umstände des Einzelfalls seiner Ungerechtigkeit entledigt werden. Daher dürfte es auch meistens schwer sein, den Arbeitern auf Grund ungerechter und daher von selbst hinfälliger Vertragsbedingungen hin die sofortige Arbeitseinstellung gestatten zu können.“

Wie man sieht, verkrümelt sich unter den Händen der katholischen Moral- und Sozialtheologen das theoretisch aufgestandene Recht der Arbeiter auf Ausstand in der Praxis zu einer inhaltlosen Phrase. Nun erscheint den Christlichen ein Helfer in der Person eines anderen Jesuitenpaters, Professor Biederlaß, der in der Innsbrucker Zeitschrift für katholische Theologie sich mit den Ausführungen des Dombifats Treitz beschäftigt und ihm bezüglich des Streits „eine gewisse Einseitigkeit des Urteils“ nachredet, insoweit als er nur die ungünstigen Seiten der Arbeiterausstände hervorhebe. Nach Biederlaß unterscheidet man hinsichtlich der Mittel, die die Arbeiter zur Erreichung eines erlaubten Zweckes bei dem Streit in Anwendung bringen, vom moraltheologischen Standpunkte aus drei Arten: solche, die weder die Gerechtigkeit noch die Liebe verleugnen; solche, die nur die Liebe verleugnen, nicht aber die Gerechtigkeit; solche, die die Gerechtigkeit verleugnen und darum ungerechte Mittel genannt werden müssen. Ein Streit, der, wenn auch seinem Zwecke nach gerecht, mit ungerechten Mitteln durchgeführt werde, sei selbstverständlich zu verworfen. Aber es sei keine Verleugnung der Gerechtigkeit, wenn durch die gemeinsame Arbeitsniederlegung der Arbeiter in eine Notlage dadurch gerate, daß er seine

Maschinen ungenügt lasse und einen Gewinnverlust erleide, denn die Arbeiter seien nach Ablauf des Arbeitsvertrages nicht zur Fortschaltung der Arbeit oder zur Erneuerung des Vertrages verpflichtet. Auch eine Liebespflicht dem Unternehmer gegenüber bestehe nicht, da er durch die geforderte Lohnherhöhung nicht in eine äußerste Not gerate, aus der ihn zu befreien die christliche Lebenspflicht gebiete. Zum Schluß erklärt Biederlack, daß er mit seinen Darlegungen die Streikpraxis nicht fördern wolle, er schließe sich den Moraltheologen, die vor dem Streik warnen, nicht an; ihm sei nur darum zu tun, falschen und unhaltbaren Aussassungen, die notwendig Gewissenverirrungen herbeiführen, entgegenzutreten.

Weshalb wir diese wunderlichen Dinge dem Leser vorführen? Um zu zeigen, auf welche Weise sich derjenige versiert, der wirtschaftliche Bestrebungen auf religiöser Grundlage verfolgen, der die Würde ihres Handelns nicht aus der geschichtlichen Notwendigkeit, sondern aus unverständlichen und deutbaren Glaubenssäben herleiten will, wie das die christlichen Gewerkschaften und bis zu den letzten Konsequenzen konfessioneller Beschränktheit die katholischen Fachabteilungen tun. Nach sozialistischer Auffassung ist die Arbeiterklasse zur Herrschaft berufen, weil sie das wirtschaftliche Leben erhält und weil sie der Zahl nach sich dem Zustande nähert, wo Arbeiterklasse und Volk eins ist. Alles was dazu dient, diese Entwicklung zu fördern, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken und sie in den Stand zu setzen, die Leitung des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu übernehmen, ist für uns nicht nur erlaubt, sondern notwendig, weil es von der geschichtlichen Entwicklung gefordert wird, und gerecht ist es deshalb, weil in dieser Entwicklung die körperliche, geistige und sittliche Gesundung der Menschheit, die Befreiung der entrichteten, bedrückten und ausgebeuteten Massen aus den dreifach entwürdigenden Bunden wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unfreiheit liegt.

Wohin man kommt, wenn man das Recht der Arbeiter auf Besserung der Lebenslage, auf höheren Anteil an den durch gemeinsame Arbeit geschaffenen Kulturgütern mit religiösen Gründen rechtfertigen will, das zeigt der Wirtmatriot der Meinungen, der sich im katholischen Lager über die so einfache Frage der Berechtigung des Ausstandes erhebt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich in der Praxis von der religiös-ethischen Begründung von Arbeiterfragen losgesagt, sie folgen den Geboten der taktischen Zweckmäßigkeit und der wirtschaftlichen Notwendigkeit, aber sie sondern sich nach wie vor aus religiösen Gründen von der allgemeinen Arbeiterbewegung ab und juchen theoretisch ihre Verhältnisse durch eine besondere Moral zu rechtfertigen. Und daß sie dabei im Grunde nicht viel besser sind als ihre lichen Brüder von der Berliner Richtung beweist die Veflissenheit, mit der die M.-Glaubacher die Argumente des Paters Biederlack ausschlachten, der sich selber mit Eisern dagegen verteidigt, daß er die Streikpraxis fördern möchte und sich "rüchhaltlos" den Moraltheologen anschließt, die da, damit ja die bestehende "Ordnung" nicht gefährdet werde, vor dem Streik warnen zu müssen glauben.

### Stimmen zum Verbandstag.

Die von den meisten Diskussionsteilnehmern befürwortete Staffelung der Beiträge ist angesichts der drückenden Lebenslage eines großen Teiles unserer Kollegen sehr wohl verständlich, und die hierfür ins Feld geführten Ar-

gumente sind schwer zu widerlegen. Dennoch ist es mit ein Bedürfnis, alle in diesem Sinne vorgehenden Kollegen zu warnen. Aus verschiedenerlei triftigen Gründen wird unsere Organisation mit denjenigen anderer Arbeitergruppen, welche die Massenbetriebe eingeführt haben, einen Vergleich aushalten können. Wie würden bei dieser Einrichtung ungeahnten Schwierigkeiten und Verwicklungen entgegengehen, von denen die in der Verwaltung entstehenden noch am leichtesten zu bewältigen wären. Eine Vergleichsstellung der den niederen Beitragsklassen zugutekommenen Mitglieder in allen Unterstützungsabteilungen, wie sie von einigen, von besonders hohem Idealismus beseelten Kollegen angeregt wird, wäre nun zwar vom rein solidarischen Standpunkte aus nicht soibel, aber finanziell würde uns diese Hochverzerrigkeit bestart belasten, daß die von allen Kollegen fast ohne Ausnahme anerkannte Notwendigkeit der Aufbesserung unserer Massenverhältnisse nicht nur nicht ohne erhebliche Mehrbelastung der übrigen Mitglieder realisierbar wäre, sondern die Katastrophe noch wesentlich vergrößerte. Es bliebe also nur die notwendige Schlechterstellung der Kollegen in den unteren Beitragsklassen, und diese ist, selbst von allen nur denkbaren günstigen Standpunkten aus betrachtet, unmöglich. Wir können wohl Staffelungen in der Beitragszahlung einführen, aber nicht in der Lebenshaltung. Unsere Unterstützungsabteilungen bewegen sich zurzeit noch auf so niedrigen Niveau, daß sie in Beeten des Kampfes und der Erwerbslosigkeit nur das äußerste Sichüberwassern halten gestatten. Von einem Abschluß der genannten Kategorien aber von diesem oberen Unterstützungsabteilung kann erst recht nicht die Rede sein. Die Einheitlichkeit der Mitgliederrechte muß die vornehmste Grundlage unseres Verbandes bleiben.

Wenn man nun nun in der Dezentralisation der Finanzen, d. h. dem weiteren Ausbau des Lofalbeitragswesens, die "naturnotwendige" Beitragsstaffelung kommen sieht, so ist dies nichts als eine Halluzination. Die sich durch allzu erklärende weitergehende Bedürfnisse der größeren Bahnhöfen nötig machende Mehrbelastung ihrer Mitglieder berührt den Grundbeitrag, der einheitlich bleiben muß, nicht im geringsten. Es muß Sache der einzelnen Bahnhöfen bleiben, ihre inneren Finanzverhältnisse je nach Bedarf selbst zu regeln. Sie hier etwa schon eingeführten Staffelungen mit etwas mehrunterstützung im Gefolge sind gegenüber dem Grundbeitrag und den statutarischen Einheitsunterstützungen völlig bedeutungslos und lassen Bedenken hinsichtlich der Zukunft lahm zu. Die Lofalbeitragsbäume der großen Bahnhöfen werden nicht in den Himmel tragen. Die hohen Verdienste der Großstädter haben zwar einen großen Namen, dennoch sehnen sich viele nach Großstadtverhältnissen lüsterne Kleinstädter beizitzen wieder nach ihrem ehemaligen "Kaff" zurück. Oder sollte das nur Heimweh sein? Will man auf dem bevorstehenden Verbandstag ein übriges tun, so entziehe man den großen Bahnhöfen mit mehr als 20 Pf. Lofalbeitrag die 20 Proz. Anteile der Beiträge, belasse den übrigen 10 Proz., und die Anteile derjenigen Bahnhöfen, welche überhaupt nicht in der Lage sind, Lofalbeiträge zu leisten, würden auf 20 Proz. zu erhöhen sein. Damit kann vieles ausgeglichen werden, und zwar nicht zum Schaden der Hauptstädte. Da die Rechte des einzelnen hierbei nicht berührt werden, glaube ich, daß dieser Ausgleich ebenso zweckmäßig wie notwendig ist. Ein so engherziger Geist beseelt uns glücklicherweise noch nicht, daß man befürchten müßte, diese "Beborauung" unserer Kollegen in den ärmeren Gegenden könne zu unlösamen Konsequenzen führen, indem sie sich nun weigerten, jemals Lofalbeiträge zu erheben. Man wird den kleinen Bahnhöfen doch nicht aufrufen, wenn sich ihre Lage einmal verbessern sollte, daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden.

Wenn ich mich im übrigen diesmal dem Antrag des Vorstandes voll anschließe, so geschieht es in der festen Erkenntnis, daß er der weitschauendste und zeitgemäße und

nur in dem Bestreben eingebracht ist, uns vor Schaden zu bewahren.

Mit dem schon zum drittenmal gestellten gutgemeinten Antrage des Kollegen Wilde, den 50 Jahre alten Kollegen, welche auf eine 20jährige Mitgliedschaft zurückblicken, unter Belassung in ihren vollen Rechten die Beiträge zu erlassen, kann ich mich nicht befinden. Auch das würde eine Belastung unserer Kasse bedeuten, wie sie zurzeit vermieden werden muß. Wenn wir uns erst in den gleichen Zeiten des Reichsstatthafts mit gleichen Abgangsterminen, worin Kollege Bischweger das höchste Glück für die Arbeiter erblickt, befinden, kann ja das alles nachgeholt werden. Und dann ließe sich auch über Beitragsstaffelung reden. Über halten wir bis dahin das Pulver trocken.

Friedr. Immentoh, Bremen.

Mit der zunehmenden Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine hat die Frage der Unfallversicherung eine immer größere Bedeutung gewonnen. Daher dürfte es an der Zeit sein, diese Frage einmal auf dem Verbandstag zu diskutieren. Wohl bringt das Verbandsorgan öfter Artikel, die sich mit der Frage beschäftigen, ebenso erscheinen Auszüge aus den Berichten der Gewerbeinspektionen und Berufsgenossenschaften, doch glaube ich, sind damit keineswegs alle Mittel erschöpft. Die Vertreter der Organisationen könnten an die Gewerbeinspektionen herantreten und diese auf ihre Pflichten hinweisen. Ich bin der Ansicht, daß die Gewerbeinspektionen den Entstauungsanlagen nicht genügend Interesse entgegenbringen. Gegen die Gefahr der Verleihung an den Maschinen kann sich der Arbeiter immer noch etwas schützen, aber gegen die gesundheitsschädliche Einatmung des Staubes ist er völlig schutzlos. Es wäre zu begrüßen, wenn durch die Organisation Schritte eingeleitet würden, um diesem Nebenstande abzuholzen.

Ebenso könnte auf die Berufsgenossenschaften eingewirkt werden, damit diese die Einführung der runden Sicherheitspulle an Maschinen mehr wie bisher fördern. Daß manche Genossenschaften auf diesem Gebiete sehr viel leisten können, beweist das Vorgehen des Vorstandes der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft.

Die Sektion der Maschinenarbeiter, Dresden, hat einen Antrag zum Verbandstag eingereicht, der sich mit dieser Materie beschäftigt. Es wäre zu wünschen, daß derselbe eingehend diskutiert wird. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß im Jahre 1808 der Stuttgarter Gauvorstand eine Eingabe an die Badische, Württembergische sowie an die elbäffische Gewerbeinspektion gerichtet hat, in welcher eine Erhebung über die Lage der Täglerbeiter gefordert wurde. Ebenso können die gegebenen Verbandsinstanzen auf die Gewerbeinspektionen und Berufsgenossenschaften einwirken, und diese auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vorwärts drängen. Hoffentlich gibt der Antrag der Dresdener Maschinenarbeiter Anlaß, daß in diesem Sinne ein Schritt vorwärts getan wird.

Albert Goldammer, Dresden.

In einer Zeit, wo wir in einem Kampfe um Erringung des geheimen Wahlrechts stehen, ist die Vornahme einer öffentlichen Abstimmung über die Beitragsfrage nicht angebracht. Was begreift man damit, daß die Mitglieder ihren vollen Namen, Buchnummer und Bahnhof auf den Stimmzettel schreiben sollen? Doch nur, daß man einem Kollegen, welcher gegen die Erhöhung des Verbandsbeitrages gestimmt hat und einmal die Unterstützungen in Anspruch nehmen muß, seine Abstimmung vorhalten kann. Durch solche öffentliche Abstimmung wird man nicht mehr Kollegen für die Erhöhung des Verbandsbeitrages gewinnen, sondern so mancher Kollege in einer kleinen Bahnhöfe wird, da vielleicht alle anderen Kollegen gegen die Erhöhung des Verbandsbeitrages stimmen, sich genötigt sehen, dies ebenfalls zu tun. Die Abstimmung hätte sich vielleicht in der

Der Vorstand des neuen Centralverbandes mit dem Sitz in Stuttgart und Karl Alois an der Spieke, befand sich der Streitbewegung gegenüber in einer durchaus nicht beneidenswerten Lage. Formell hatte er die Oberleitung und ohne seine Genehmigung sollte niemals ein Streit beginnen werden. Aber die Mittel zur Durchführung dieser Aufgabe glichen einer Pistole ohne Schloß und Kugel. Wohl war die Schaffung eines zentralen Streitfonds beschlossen worden, aber während des ganzen Jahres 1884 ließen dafür nicht mehr als 6000 Pf. ein. Damit war der Zentralleitung ein selbständiges Eingreifen in die Streitbewegung unmöglich gemacht, und nach wie vor waren die streitenden Orte auf freiwillige Sammlungen in den übrigen Fachvereinen angewiesen. Diese sollten zwar Streit nur dann unterstützen, wenn der Vorstand seine Genehmigung erteilt, aber man hielt sich nur wenig an diese Bestimmung. Tatsächlich war es sehr selten, daß ein Ort den nachgesuchten Streit unterstützte, wenn die Genehmigung vom Vorstande versagt wurde.

Im Frühjahr 1884 entstanden einige Bewegungen, welche die Organisationen in eine überaus müßige Lage brachten. Die Berliner hatten schon im Jahre zuvor einen großen Kampf geplant und nur mit Müdesicht auf das Welingen der Stuttgarter Bewegung vorläufig davon Abstand genommen. Auch sonst hatten die Berliner den auswärtigen Streit gegenüber stets eine offene Hand gehabt. Sie waren daher wohl berechtigt, für ihren Kampf gleichzeitig die Unterstützung der übrigen Fachvereine zu erwarten, und der Vorstand handelte nur in letzter Einstimmung mit dem Mainzer Kongress, wenn er den Berlinern für die Zeit ihres Kampfes die Hintanhaltung aller anderen Bewegungen zusicherte. Nur war schon durch Maßregelungen hergerufen, in Berlin ein Kampf entbrannt, der unterstützt werden mußte. Noch unliebsamer aber war es, daß, während man in Berlin schon alle Verbesserungen für den Kampf traf, die Mainz in der und Würzburg eigenmächtig und ohne Genehmigung in den Streit traten. Außerdem war das Streitfeuer in fünf anderen Orten, darunter Hannover und Braunschweig, so heftig entbrannt, daß jedes Augenblick der Tanz beginnen konnte.

Zu diesen Sorgen trat aber noch ein anderes Ereignis, das Wochen hindurch den Vorstand in einen qualvollen Zustand höchster Verzweiflung versetzte. Das war der Tischlerstreit in Düsseldorf vom Jahre 1884.

### Streiterinnerungen aus den Anfängen der Organisation.

#### II.

w. Der häufige Mißerfolg der Lohnbewegungen hatte vornehmlich den Anstoß zur Centralisation gegeben, andererseits aber auch gerade in den führenden Kreisen eine sehr pessimistische Auffassung über den Wert der Streiks erzeugt. Es liegen sich Stimmen vernehmen, die die Streitbewegung schlechthin als ein Nebel verdammten, das den Arbeitern gar keinen Nutzen bringen könne.

Die "Neue Tischler-Zeitung", der Vorläufer unserer Holzarbeiter-Zeitung, beschäftigte sich in einem Doppelartikel mit dem Wesen der Streiks. Eingehend wies sie nach, daß selbst in England, dem Mutterlande der Gewerkschaften, fast sämtliche Streiks verloren gegangen seien. Ueberdies bedeute selbst ein Erfolg nichts, denn man wisse aus Erfahrung, daß die Errungenschaften immer schon nach ganz kurzer Zeit wieder verloren gingen. In Wirklichkeit bliebe dann eine Verschlechterung der früheren Lage, da siegreiche Lohnbewegungen stets ein Steigen der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten zur Folge hätten und die Preise auch dann ihre Höhe behielten, wenn die Löhne schon längst wieder gesunken seien. Durch Streiks könne die Lage der Arbeiter nicht gebessert werden. Verloren aber gewonnen, immer ist vom Streit um Lohnherhöhung Stücken zu erwarten. Verloren entmutigt und desorganisiert er. Die empfindlichen Lohnneinbußen während seiner Dauer können nicht ausgeglichen werden durch höhere Einnahmen, bloß um deren Erreichung willen er gewagt wurde, und bilde eine stets nagende Ursache von Unzufriedenheit. Gewonnen richte er Schaden an, weil die siegreichen Streiter nun gefunden zu haben glauben, daß der Streit das alleinseigmachende Mittel zur Verbesserung ihrer Lage sei, bis sie erst spät durch die Macht der Tatsachen erwiesen seien, daß ihr Erfolg nur ein temporärer, ihr Tun — Sisyphusarbeit war.

Dies gelte aber nur für die eigentlichen Lohnstreiks, in gewissen anderen Fällen seien dagegen die Streiks eine Ehrenpflicht. Wenn es aber gilt, die Arbeiterverte zu retten, wenn verlost wird, dann muß der selbe jedes Mittel ergriffen und zum Streik greifen, so wie der selbe was er will. Solchen Streiks müsse man die volle Sympathie

zuwenden. Und sollten sie auch ohne alle Aussicht auf Erfolg unternommen werden, so zeigen sie doch um so mehr Mannesmut und haben einen Gewinn sicherlich immer im Gefolge: den Gegnern Respekt beigebracht zu haben. Mehr Respekt gewiß als ein mit peinlicher und feiger, möchtest wir fast sagen, Abwägung und Erwägung des möglichen Erfolges und mit sorgfältiger Vorbereitung in günstigen Seiten unternommener Lohnherhöhungstreiks, selbst wenn er gewonnen wurde. Denn dieser stimmt ganz hinein in den beschränkten Gesichtskreis bürgerlicher Geschäftspraxis: „Hast du Aussicht, was zu erhalten, dann unternimm's, sonst aber unterlaß es!“ Ein frisch und frei begonnener Streit um andere Dinge, als den Begriffen unserer Arbeitgeber so verständliche, wie die Forderung höheren Lohnes, verblüfft sie aber, flößt ihnen Scheu ein und lädt ihnen, soweit in einem Bourgeoisgehirn das überhaupt möglich, den Gedanken aufsdämmern, in der Arbeiterschaft eine elementare Gewalt gegenüber zu haben, die ihnen und der jeweiligen Ordnung der Dinge mit unwiderstehlicher Gewalt immer näher auf den Leib rückt.

Diese Auslassung zeigt mehr als alles andere die grundtiefste Umwandlung, die seitdem in der Streitkraft sich vollzogen hat. Heute gibt es keinen verständigen Menschen mehr, der nicht in der Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen die Hauptaufgabe der Gewerkschaften erachtet und als selbstverständliche Voraussetzung dafür die sorgfältige Vorbereitung von Lohnbewegungen und das genaue vorherige Abwagung des möglichen Erfolges anerkennt. Damals wurde das höhnisch als „beschränkte bürgerliche Geschäftspraxis“ verächtlich gemacht und der wahre Mannesmut darin gefeiert, um der „Arbeitserehre“ wegen zu streiten, auch selbst dann, wenn von vorneherein jede Aussicht auf Erfolg fehlte. Dahinter verbarg sich aber nicht nur der Mangel an gewerkschaftlichem Selbstbewußtsein, der verständlich war durch die Schwäche der Organisation. Die Unternehmer beobachteten außerdem mißtrauisch die Entwicklung der Fachvereine und gingen offen und verstedt gegen die Leiter der Bewegung mit Maßregelung und Bohkottierung vor. Dadurch wurde es für die Gewerkschaften zu einer Lebensfrage, den Kampf um das Recht zur Organisation an die erste Stelle zu rücken und hinter diesem Kampf um ideale Forderungen den reinen Lohnkampf als minder wichtig zu erklären. Nur so läßt sich die uns heute mehr als sonderbar erscheinende Stellungnahme des Fachorgans erklären.

## Warnung vor Zugang!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Eisgläsern, Maschinen und Glassarbeitern nach Angermünde (Pfeiffer), Wurzach i. Ostfriesl., Insel Borlum, Wermervörde, Cöthaus (Saxland), Darstadt (Erhardt, Glüder), Dippoldiswalde (Neberall), Dresden (Eschenbach), Eberswalde, Mellenbach i. Th., Mittweida (Franz Wissler Nachf.), Mölln i. R. (Woh, Dunkel, Reißer, Preuß), Norden i. Ostfriesland, Ostrowo, Schneidemühl (Stup), Schweicheln b. Herford, Sorau, Tegernsee i. Oberböhmen, Uetersen, Wildeshausen, Oldenburg, Bussenhausen, Sorgen-Schwarz und Montreux (Albert Held) i. d. Schweiz).

Modellmühlen nach Bielefeld (W. Willer).

Kochmühren nach Stössenbroda, Schleitau i. S. (Ottmar Niedel).

Drehstühlen nach Angermünde (Pfeiffer), Frankfurt a. O. (Lothe u. Co.), Stargard i. P. (Mehrholt).

Klaviermacher nach Bückeburg (Mohrdorf u. Co.).

Stellmühren und Wagenbauern nach Berlin. Charlottenburg (Hofwagenfabrik M. Deuschner vor. mal. Mühlstein).

Weise vornehmen lassen wie die Wahlen zum Verbandstag. Den Verteilern der Zahlstellen sollte man doch das Vertrauen schenken, daß sie dabei korrekt verfahren, und die Prüfung der Abstimmung wäre unseres Erachtens nach um ein bedeutendes leichter gewesen, als wo man diesmal jeden einzelnen Stimmzettel auf seine Richtigkeit betreffe. Angabe des Namens und der Buchnummer prüfen muß. Wenn die Mitglieder eines Verbandes in geheimer Abstimmung mit großer Majorität die Erhöhung des Verbandsbeitrages beschließen, so zeugt das von viel größerer Opferfreudigkeit und würde auch ein viel besseres Licht auf unseren Verband nach außen hin, also zum Zwecke der Agitation, werfen, als bei der jetzt gehandhabten Abstimmung. Darum empfiehlt es sich, daß Verbandsangelegenheiten von solcher Bedeutung wie die Erhöhung des Verbandsbeitrages in Zukunft in geheimer Abstimmung erlebt werden.

Theodor Holz-Neuenhagen.

Bu dem bevorstehenden Verbandstag stelle ich den Antrag, daß Mitglieder vom 55. Lebensjahr, bei einer dreißigjährigen Mitgliedschaft beitragsfrei zu machen sind. Ich schließe mich vollständig der in Nr. 17 der "Holzarbeiter-Zeitung" angeführten Gründen des Kollegen A. Wille-Schweidnitz an. Wir haben heute viele junge Kollegen, die sich schon im 19. oder 20. Lebensjahr organisieren. Es wäre ganz ungerecht, dieselben bei Unmöglichkeit der Weiterzahlung rechlos zu machen oder vollständig zu streichen. Dieser Antrag ist schon auf dem Erfurter Gautag gestellt, aber leider von unserem dort anwesenden Delegierten wieder zurückgezogen worden. Der Verbandsvertreter, Kollege Pappe, bemerkte zu diesem Antrage, Kollegen im Alter von 55 Jahren seien noch kräftig genug, und es sei unnötig, sie beitragsfrei zu machen. Ich glaube, er wird darüber keine Leute recht wenig finden.

Mudolf Ose, Blankenburg.

Der Gaulig zu Dresden hat beim Verbandstag beantragt, daß Kollegen, welche 30 Jahre Mitglied sind und das 50. Lebensjahr überschritten haben, nur die Hälfte des Beitrages zahlen. Wie ist es möglich, einen solchen Antrag zu stellen? Es müßte den Kollegen klar gemacht werden, daß man von Mitgliedern, welche 50 Jahre alt sind und 30 bis 40 Jahre ihre Beiträge entrichtet haben, nicht noch den halben Beitrag fordern kann. Wollen wir den alten Kollegen gerecht werden und ihnen eine Erleichterung schaffen, so muß wenigstens das 50. Lebensjahr angenommen werden. Ich glaube doch mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die vielen alten Kollegen, welchen diese Erleichterung zuteil würde, unsere Kasse nicht so sehr schädigen würden. Es ist deshalb bedauerlich, daß man ihnen nicht mehr entgegenkommt. Schaffen doch alle anderen Kassen, welche nicht von Arbeitern gegründet sind, langjährige Mitglieder Erleichterung; wir können deshalb auch in unserer Arbeiterorganisation unsere alten Kollegen nicht so abspielen. Wir müssen auch die Erleichterung so schaffen, daß sie uns noch bei Zeiten ausgenommen und nicht wenn wir tot sind. Wollen wir für die alten Kollegen Erleichterung schaffen, so muß mein Antrag angenommen werden. Hat Schweden bei 10-jähriger Mitgliedschaft und 55-jähriger Altersgrenze die Kollegen vom Beitragszahlen befreit, so können es doch wir bei 20-jähriger Mitgliedschaft und 50-jährigem Alter erst recht tun.

A. Wille, Schweidnitz.

## Gautag in Danzig.

Zu der am 3. April in Danzig-Schildlitz abgehaltenen Konferenz waren 35 Delegierte erschienen. Der Gauvorstand war vollständig vertreten. Von dem Gauvorstand war Kollege Poppe anwesend. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Gastron und Konitz.

Der Gauvorsteher Kollege Gisfeld erstattete den Tätigkeitsbericht. Die Agitation ist während der Krise in den letzten zwei Jahren sehr schwert gewesen. In einzigen Orten, wo früher eine blühende Industrie zu verzeichnen war, sind größere Betriebe fast gänzlich eingegangen; besonders trifft dies auf Tilsit und Hohenholz bei Bremen zu. Auch in den Provinzstädten ist der Stand der Organisation nicht besonders günstig, da die Zahl der Beschäftigten wesentlich heruntergegangen ist. Außer der

wirtschaftlichen Krise legen uns auch die gegnerischen Organisationen allerlei Hindernisse in den Weg. Um uns die Volks mit Hilfe der Polizei abtreiben, wetteifern die Kirche mit den Christen. Einige besonders kraffe Hölle werden vom Medier geschildert, ganz besonders aber sei die "Christlichkeit" des christlichen Gauleiters in Alsenstein aufgetreten, wo verucht wurde, unsere Kollegen durch wiederholte Denunziation aus der Arbeit zu bringen. Auch die Agitation des Verbandes der Fabrikarbeiter, des Handels- und Transportarbeiterverbandes und leider auch des Zimmerarbeiterverbandes ist oft nicht einwandfrei, da oft mit Erfolg versucht wird, Leute zu organisieren, die nach der Art der Beschäftigung zum Holzarbeiterverband gehören. Es wird bedauert, daß die betreffenden Verbandsfunktionäre sich nicht an die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftsgrossesses vom Jahre 1908 lehnen. Das Zahlen von Provision für Aufnahmen (pro Aufnahme 25 Pf.) seitens einiger Organisationen verleiht vielfach die Funktionäre, die Berufsgrenzen zu überschreiten. Der Kollege Pappe wird beauftragt, die nötigen Schritte zu veranlassen, daß hier Stenodur geschaffen wird. Es wird noch bemängelt, daß im Osten die Arbeiterpreise so wenig gelesen wird und daß außerdem viele Berufskollegen mehr Interesse für Klubimbiere als für den Verband haben. Trotz der vielfachen Schwierigkeiten sei es aber doch gelungen, die Mitgliederzahl im Gau um 230 zu steigern. Neugegründet sind die Zahlstellen Meine, Nale, Gastron und Markenwerder. Die Zahlstellen Mümmelburg und Dt.-Ghau sind eingegangen. Die Erfolge der Lohnbewegungen, die in mehreren Orten des Gaues stattfanden, entsprachen nicht immer den Wünschen der beteiligten Kollegen.

In der Diskussion erklärten sich die Redner mit der Tätigkeit des Gauvorstehers zufrieden, jedoch wurde vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß demselben noch eine besondere Hilfskraft zur Seite gestellt werden solle, da der Gau infolge der großen räumlichen Ausdehnung mehr Agitation erfordere. Die diesbezüglichen Anträge wurden jedoch abgelehnt. Einzel Anträge, die eine höhere Agitation unter den Stellmachern und mehr Unterstützung der kleinen Zahlstellen durch Referenten bezeichneten, werden angenommen. Die Punkte: "Der diesjährige Verbandstag in München" und "Unsere Tarifbewegung" wurden zusammengelegt und referierte hierüber Kollege Pappe vom Hauptvorstand. Die hierauf folgende lebhafte Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Eine Ausnahme machte Kollege Elchnowitsch, welcher warm für Einführung von Stoffbeiträgen eintrat. Die namenliche Abstimmung ergibt die Zustimmung zum Antrage des Hauptvorstandes mit 82 gegen 8 Stimmen.

Zum Verbandstag lagen 18 Anträge vor, davon wurden 6, die auf Erhöhung der Unterstützungsfahe abzielten, abgelehnt, 8 wurden zurückgezogen, 2 sind durch Statut geregelt. Angenommen wurde: Antrag Danzig: Zu § 19. Danzig in die Meiste benachbarten Städte aufzunehmen, in denen Aufenthaltsunterstützung gezahlt wird. — Antrag Danzig: Dem § 42 als neuen Absatz hinzuzufügen: „Ist ein Mitglied wegen seiner Verbandsfähigkeit zu Freiheitsstrafe verurteilt, so kann ihm während der Zeit der Inhaftierung, soweit diese außerhalb einer Streifzeit fällt, eine Unterstützung in Höhe des Durchschnittslohnes seiner Zahlstelle gewährt werden.“ — Antrag Tepotz: Zu § 55. „Sterbegeld in Höhe von 25 Mt. können die Angehörigen eines ledigen Mitgliedes erhalten, sofern sie die Beerdigungsosten selber tragen und das betreffende Mitglied 104 Wochenbeiträge gelebt hat“, wird mit 22 gegen 15 Stimmen angenommen.

Zum Punkt „Verbandsangelegenheiten“ liegen zwei Anträge vor. Der Antrag Elbing: „Die Gaukonferenz möge beschließen, daß innerhalb des Gaues ein zentraler Arbeitsnachweis geschaffen wird, damit bei ausbrechenden Lohnbewegungen, oder größerer Arbeitslosigkeit an einzelnen Orten eine geregelte Arbeitsvermittlung nach solchen Orten geschieht, wo eine günstige Geschäftsvorstellung vorhanden ist“, wurde dem Gauvorstand zur Erwägung überwiesen. Der Antrag Nale, den nächsten Gautag in Bromberg lagern zu lassen, wurde abgelehnt. Eine Resolution, welche die finanzielle Stärkung der Hauptkasse befürwortet, findet einstimmige Zustimmung.

Kollege Gisfeld erinnert die Anwesenden in seinem Schlusswort zur weiteren intensiven Agitation und schließt nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Konferenz.

## Gautag in Berlin.

Der Gautag fand am 8. und 9. April in Berlin statt. Anwesend waren 189 Delegierte, die 88 Orte vertraten; 8 Zahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt. In den Verhandlungen nahm ein Vertreter des Centralverbandes der Bildhauer und ein Vertreter des Verbandes der Glaser teil. Den Geschäftsbereich erstatteten die Gauvorsteher Gischa und Exner. Aus dem Bericht ist folgendes herzuleben: In der Berichtsperiode stand die ganze Organisationsfähigkeit stark unter dem Einfluß der Krise. Die Arbeitslosigkeit nahm außergewöhnliche Dimensionen an, namentlich in Berlin, wo die Arbeitslosenziffer bis auf 4000 stieg. Daraus erklärt sich, daß ein erheblicher Teil der Streiks verloren ging. Die meisten der stattgefundenen Streiks waren netwendig, um Lohnreduzierungen und sonstige Verschlechterungen abzuwehren. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 stieg die Zahl der Angriffsbewegungen. In der Berichtsperiode wurden insgesamt geführte 41 Angriffsstreiks, 92 Abwehrstreiks, dann waren noch 15 Aussperrungen zu verzeichnen. Das Resultat dieser Kämpfe war in 77 Fällen Erfolg, in 9 Fällen teilweise Erfolg, während 54 Kämpfe erfolglos verliefen. Eine große Anzahl von Bewegungen wurde ohne Streik auf dem Wege der Verhandlung zur Zufriedenheit der Kollegen erlebt. In den verlorenen zwei Jahren wurden 8 neue Zahlstellen gegründet, 5 Zahlstellen gingen ein. Die Entfaltung der Agitation stieg in einzelnen Orten auf ungezüglich unüberwindliche Hindernisse. Dazu kam das brutale Vorgehen der Unternehmer zur Unterdrückung der Organisation und der in vielen Orten herrschende Mangel an Versammlungslosalen. In den östlichen, polnischen Orten beherrscht der Nationalitätenhaß das öffentliche Leben, wodurch jede Agitation erschwert wird. Es konnte

aus diesen Gründen ein Einken des Mitgliederstandes nicht ganz verhindert werden. Der Mitgliederzurückgang wurde erst durch die Frühjahrstagung 1909 zum Stillstand gebracht. Seitdem hat sich der Mitgliederbestand langsam gehoben. Er betrug am 1. Januar d. J. 33 894.

Zur Entfaltung einer gemeinsamen Aktion ist der Gauvorstand mehrfach mit anderen Centralverbänden sowie mit der Parteileitung in Verbindung getreten. Da in manchen Orten die Klassenführung keine korrekte und ordnungsmäßige war, mußte der Gauvorstand die Klassenverbände vornehmen. Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt.

Dann referierte Kollege Velpart über das Thema: „Unsere Tarifbewegung und die Erhöhung des Verbandsbeitrages“. Dem Referate folgte eine ausgedehnte und lebhafte Diskussion. Dann wurde eine namentliche Abstimmung über die beiden wichtigen Streitpunkte zu diesem Punkte vorgenommen. Dabei wurde die Einführung von Klassenbeiträgen mit 125 gegen 14 Stimmen verworfen. Die Erhöhung des Verbandsbeitrages von 50 auf 80 Pf. dagegen wurde mit 118 gegen 21 Stimmen angenommen.

Es folgte dann die Veratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge. Von den hierbei zur Annahme gelangten Anträgen sind folgende zu erwähnen: Antrag Frankfurt: Der Verbandstag wolle bezeichnen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, eine Sammelstelle für alles wichtige Material, welches im Interesse des Verbandes verwendbar ist, zu beschaffen und dasselbe den Lokalverwaltungen zu zustellen. — Der Gauvorstand wird beauftragt, im Gau Berlin und in den Nachbargauen festzustellen, welche Orte und Betriebe Baumaßnahmen nach Berlin und den Vororten liefern. — Beim Abschluß von Verträgen soll der Vorstand darauf hinweisen, daß in dieselben ein Passus aufgenommen wird, nach welchem bei Ausführung von Montagearbeiten in solchen Orten, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten, dieselben maßgebend sind.

Nach Erledigung einiger Anträge wurde dann der Gautag durch den Kollegen Gischa mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

## Soziales.

Das preußische Wahlrecht nach den Beschlüssen des Herrenhauses.

Die edelen und erlauchten Herren in Preußens Kaiserhause haben in ihrer Erbweisheit das Kunststück fertiggebracht, die Mischgeburt der Wahlrechtsreform, welche das Abgeordnetenhaus in die Welt gesetzt hat, noch weiter zu verunkrauteln. Am 28. und 29. April fand die zweite Sitzung der Wahlrechtsvorlage im Plenum des Herrenhauses statt. Sie wurde vom Ministerpräsidenten mit einer Rede eingeleitet, in welcher er die hohen Herren auf das bringendste bat, den Antrag anzunehmen, der größere Drittelsbezirk zu schaffen begegnet. Herr v. Behrmann Hollweg hofft auf diese Weise die Zustimmung der Freikonservativen und der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus zu erlangen und das Herrenhaus stimmt dem Antrag um so freudiger zu, als dadurch die Wahl von Sozialdemokraten in den preußischen Landtag vollständig ausgeschlossen wird. Nach dem Beschluss des Herrenhauses soll die Drittelsung nicht mehr in den Urwahlbezirken vorgenommen werden. Sie findet in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern für den Umfang des ganzen Gemeindebezirks statt. In Gemeinden mit 10 000 bis 80 000 Einwohnern werden zwei Drittelsbezirke und für jedes angesetzte weitere 20 000 Einwohner je ein weiterer Drittelsbezirk gebildet.

Die geheime Wahl der Wahlmänner und die öffentliche Stimmabgabe bei der Wahl der Abgeordneten, die das Abgeordnetenhaus in völliger Umkehrung der Regierungsvorlage, die bekanntlich öffentliche, direkte Wahl vorgeschlagen hatte, angenommen hat, wurde auch von den Herren sanкционiert. Dagegen wurde der Magistratsparagraph erheblich verschlechtert. Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses sollten Steuerbeträge über 10 000 Mt. bei der Klasseneinteilung der Wähler unberücksichtigt bleiben. Dadurch sollte die Vorherrschaft des großen Geldsackes ein wenig eingeschränkt werden. Das Herrenhaus beschloß jedoch, daß nur Staatssteuern über 5000 Mt. außer Betracht bleiben. Die Gemeindebesteuern werden also voll angerechnet und damit wird der bescheidene Zweck des Magistratsbeschlusses vollständig illusorisch gemacht.

Ein recht komisches Ding haben sich die Herrenhäuser in dem sogenannten Kulturtrrägerparagraphen zurechtgebracht. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage gewisse Wählerkategorien namhaft gemacht, insbesondere ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, aber auch die Mitglieder einiger öffentlicher Körperschaften, die in eine höhere Classe versetzt werden sollten, als die, in welche sie auf Grund ihrer Steuerleistung gehören würden. Das Abgeordnetenhaus hat als solche „Kulturträger“ nur die Leute anerkannt, die das Abiturientenexamen bestanden haben. Das Herrenhaus hat wiederum eine ziemlich bunte Liste von „Kulturträgern“ zusammengestellt, die um eine Masse aufsteigen. Dazu gehören Reichs- und Landtagsabgeordnete, Mitglieder der Provinzialräte usw., die Vorstandsmitglieder der Handels-, Landwirtschafts-, Handwerker- und Arbeitskammern, Kreisdeputierte und unbefristete Magistratsmitglieder. Diese Personen sind aber nur dann „Kulturträger“, wenn sie das genannte Amt ausüben oder es 10 Jahre ausgeübt haben. Wer nur 9½ Jahre Abgeordneter usw. war, hört damit auf, in Preußen Kulturträger zu sein, und sinkt in die große Masse der gewöhnlichen Menschen zurück. Dagegen bleiben Leute mit einer abgeschlossenen Hochschulbildung zeitlebens „Kulturträger“, wenn nach der Ablegung ihrer Prüfung zehn Jahre verflossen sind. Dieser ganze Kulturträgerparagraph wird

sicherlich noch viel Stoff zu berechtigtem Spott über die Weisheit der preußischen Gesetzgeber bieten.

Aber die ganze „Wahlreform“ ist eine solche Spottgeburt, daß es eigentlich zu viel Ehre für sie bedeutet, wollte man sie einer ernsthaften Kritik unterziehen. Das Schicksal des Machwerks ist übrigens noch ganz ungewiß. Das Herrenhaus muß das Gesetz einer nochmaligen Abstimmung unterziehen, die voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfindet. Ob dort noch eine Änderung der vorliegenden Beschlüsse erfolgt, ist zweifelhaft. Dasselbe ist aber auch die Stellung, welche die Parteien des Abgeordnetenhauses zu den Beschlüssen des Herrenhauses einnehmen werden. Mit der neuen Fassung des Paragraphen, der von der Drittteilung handelt, ist dem Gesetz die Zustimmung der Freikonservativen, die bisher im Abgeordnetenhaus dagegen gestimmt haben, sicher. Dieser Beschluß entspricht auch den Wünschen der Nationalliberalen und innerhalb dieser Partei sind einflußreiche Kreise am Werke, um auf die Fraktion im Sinne der Annahme des Gesetzes einzzuwirken. Die Nationalliberalen haben sich zwar feierlich für das geheime und direkte Wahlrecht und für eine Neuenteilung der Wahlkreise festgelegt, aber ein Umfall ist ja für die Fraktion Drehscheibe nichts Neues mehr. Begünstigt wird dieser Umfall durch die Plausicht, infolge der neuen Vorschriften über die Drittteilung einige Mandate auf Kosten des Zentrums zu gewinnen. Würde es Bethmann Hollweg erreichen, daß zu der seitherigen Mehrheit im Abgeordnetenhaus auch noch die Freikonservativen und Nationalliberalen stoßen, dann hätte er die große Mehrheit, die er als Vorbedingung für die Annahme des Gesetzes durch die Regierung bezeichnet hat.

Aber die Sache ist nicht so einfach. Was an den Beschlüssen des Herrenhauses den Nationalliberalen Vorteil bringt, schädigt das Zentrum; und es ist eine harte Bumutung an diese Partei, von vornherein einige Mandate preiszugeben, um nur den Volksverrat durchzusehen, der sie notwendig um die Sympathie vieler ihrer Anhänger bringen wird. In der Presse des Zentrums werden auch schon die Beschlüsse des Herrenhauses für durchaus unannehmbar bezeichnet. Das weitere Schicksal der Wahlrechtsreform ist somit noch sehr ungewiß. Bei der Unzulässigkeit der Parteien, ist die Annahme des Gesetzes durch eine große Mehrheit, die sich aus Konservativen, Zentrum, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammenseht, ebenso möglich wie die Ablehnung gegen die Stimmen der Konservativen. Ebenso denkbar ist es aber auch, daß die Konservativen mit den Nationalliberalen eine neue Mehrheit bilden unter Ausschluß des Zentrums. Das wäre eine Konstellation, die notwendigerweise auch die politische Lage im Reiche wesentlich beeinflussen würde.

Die Arbeiterschaft kann das ruhig abwarten; über das Schicksal der Missgeburt, genannt Wahlrechtsvorlage, brauchen wir uns nicht aufzuregen. Ob sie jetzt angenommen oder abgelehnt wird, ist im Grunde gleichgültig; der Kampf ums Wahlrecht ist damit auf keinen Fall zu Ende. Er wird solange fortgeführt werden, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für den preußischen Landtag erobert ist.

Der Haussiedtsparagraph. Das preußische Dreiklassenparlament hat wiederum eine Leistung vollbracht, die dieser Karrikatur einer Volksvertretung würdig ist. Der Schmerz der Junker und Pfaffen ist groß, daß es der verhafteten Sozialdemokratie gelungen ist, die Schranken zu übersteigen, die gegen ihr Eindringen in das Dreiklassenhaus errichtet wurden. In der niederrächtlichen Behandlung der sechs Vertreter der stärksten Partei wetteifern der Präsident mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Es genügt ihnen aber nicht, den wirklichen Volksvertretern häufig in wichtigen Fragen durch Schluszanträge das Wort abzuschneiden; sie möchten sie am liebsten im buchstäblichen Sinne zum Hause hinauswerfen. Diesem Zweck soll eine Änderung der Geschäftsordnung dienen, die am 6. Mai vom Plenum des Dreiklassenhauses beschlossen wurde. Die Kommission des Abgeordnetenhauses, die den von den Konservativen eingebrachten Antrag vorberaten hatte, unterbreitete einen Vorschlag, nach welchem der Präsident berechtigt sein soll, einen Abgeordneten, der in grober, die Würde des Hauses schändiger Weise die Ordnung verletzt, nicht nur hinauszuspielen, sondern ihm auch bis zu zwölf Sitzungstagen die Anwesenheit im Hause und auf den Tribünen zu verbieten.

Während der Kommissionsberatung waren dem Künfer Kröcher, des Geldsackparlamentes würdigen Präsidenten, Zweifel ausgestiegen, ob ihm auch ein handfester Haussrecht zur Verfügung stände, um seine Hinauswurtsverfügung zu vollziehen. Die Regierungsvertreter trösteten ihn aber. Der Minister versprach, daß ihm von der nächsten Polizeiwache die nötigen Polizisten zur Verfügung gestellt werden sollen. Dessen war Herr v. Kröcher und seine Gumpane froh. Diese Gesellschaft, die vorgibt die Würde des Parlaments wahren zu wollen, hat natürlich Gefühl dafür, wie sehr das Ansehen einer Volksvertretung durch solche Haussnechtsbestimmungen und durch das Aufhetzen von Polizisten gegen Abgeordnete geschädigt wird. Aber die Herren haben Recht. Das Dreiklassenhaus steht so tief in der Achtung aller anständig Denkenden, daß es an Würde kaum noch etwas zu verlieren hat.

Bei der Beratung im Plenum lehnen es sogar die Nationalliberalen ab, sich an dieser Selbstbeschämung zu beteiligen. Der Redner, der Landgerichtsdirektor Voisl, wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß der schärfste Widerstand, den ein Abgeordneter seiner Ausweisung entgegenstelle, kein Haussiedensbruch sei, daß dagegen der Versuch, ihn gewaltsam zu entfernen, ein Verbrechen ist, welches das Reichsstrafgesetzbuch mit Buchstaben bedroht. Aber das Zentrum einschließlich seiner Arbeiterausgeordneten

beteiligte sich lustig an der Fabrikation dieses Hausschnecksparagraphen, welcher der Verfassung und dem Strafgesetzbuch widerspricht; handelt es sich doch um eine Bestimmung, die, wie offen zugestanden wurde, ausschliesslich gegen Sozialdemokraten Anwendung finden soll. Diese schwarzen Vollausserräte werden sich vielleicht noch rühmen, den Paragraphen verbessert zu haben, weil auf ihren Antrag beschlossen wurde, dass der Hinauswurf nur für eine Sitzung gelten soll. Aber das Verbrechen des schwarz-blauen Blodes ist deshalb nicht minder gross. Dieser Beschluss des Abgeordnetenhauses zeigt wieder, wie notwendig es ist, das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen, um auch für Preußen ein Parlament zu schaffen, das eines kulturbolles würdig ist.

Die Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft verwendet soeben ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1909. Das Unternehmen dieser Produktivgenossenschaft ist seinerzeit von den nach dem 27wöchigen Streit im Jahre 1901 nicht wieder eingestellten Kautabakarbeitern gegründet worden und hat sich im Laufe seines neunjährigen Bestehens zu einem aufsehnlichen Betriebe entwickelt. Im vorigen Jahre konnte die Fabrik aus den bisherigen Werkträumen auf ein eigenes Anwesen verlegt werden. Der Absatz der Waren stützt sich hauptsächlich auf die Konsumvereine, welche im letzten Jahre für Rechnung der Großeinkaufsgesellschaft allein für 204 419 Mf. Kautabak geliefert worden ist, was ist 71 Proz. des 288 827 Mf. betragenden Gesamtumsatzes. Ein treffendes Beispiel, wie die Arbeiter durch den Warenbezug in den Konsumvereinen zur Einführung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen beitragen können. Ohne daß die Waren teurer als in der Privatindustrie wären, sind die Arbeitsbedingungen der Nordhäuser Genossenschaft mustergültige zu nennen. In deren Betriebe herrscht die achtstündige Arbeitstage, außerdem erhalten alle Arbeiter acht Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, soweit sie vor dem Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres die Arbeit begonnen haben. Dazu tritt das Geschäft die vollen Weitläge zur Kranken- und Invalidenversicherung.

Der Jahresverdienst der beschäftigten 11 Spinner in durchschnittlich 289,5 Arbeitstage war durchschnittlich 1553 Mark und schwankte zwischen 1434 Mf. und 1737 Mf. Die Nöllchenmacher erzielten zwischen 1015 Mf. und 1706 Mf. Jahresverdienst, im Durchschnitt in 286 Arbeitstagen 1300 Mark. Die männlichen Hilfsarbeiter werden im Wochenlohn beschäftigt und bezogen zwischen 1130 und 1360 Mf. Jahreseinkommen, während die Arbeiterinnen jetzt 10 Mf. Wochenlohn haben (gegen 6—8 Mf. in anderen Betrieben im Orte). Der Verdienst der Nöllchenmacher wurde durch die Einführung der Tabaksteuer beeinflußt, da hierdurch ein zeitweises Aussehen unvermeidlich war. Die Finanzreform brachte zu dem bisherigen Eingangs-  
zoll von 85 Mf. pro Doppelzentner Tabak eine neue Steuer in Höhe von 40 Proz. des Wertes. Das machte eine Preiserhöhung von circa 20 Proz. erforderlich. Infolgedessen ist die Herstellung der 25 Pf.-Nöllchen fast allgemein zu Gunsten solcher zu 10 Pf. eingesetzt worden, was allgemein eine beträchtliche Verminderung der Arbeitsgelegenheit für die Nöllchenmacher bedeutet, daß wohl der vierte Teil derselben dauernd aus dem Berufe ausgeschaltet wird. Das ist der Gegen der herrlichen Reichssfinanzreform für die Arbeiter! Was will demgegenüber die Viermillionenentzadigung bedeuten? Trotz dieser Schwierigkeiten konnte die Nordhäuser Genossenschaft ihren Umsatz dank der Unterstützung der organisierten Konsumanten gegen das Vorjahr doch etwas erhöhen. Im Interesse der vorbildlichen Arbeitsbedingungen ist ihr eine weitere Steigerung sehr zu wünschen.

Die Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg hatte ebenfalls unter den gleichen Folgen der Steuergesetzgebung zu leiden. Die Herstellung der 4 Pf.-Zigarette musste ganz eingestellt werden. Der Absatz sank nach dem 15. August von 806 Mille auf 445 Mille pro Woche. Wenn trotzdem der Umsatz von 1 285 944 Ml. gegen das Vorjahr eine wesentliche Steigerung aufweist, so ist dieser Mehraumsatz auf Rechnung des ersten Halbjahres zu sehen. Das Unternehmen, das gut finanziert ist, geht jetzt in das Eigentum der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine über, die schon seither der Abnehmer von über zwei Dritteln aller Erzeugnisse war.

## Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsmä<sup>s</sup>ig die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Solalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Mai beträgt in Breslau 80 Pf., Castrop 60 Pf., Eberbach 60 Pf., Giesen 60 Pf., Nadeberg 5 Pf., Sagan 65 Pf., Stargard 65 Pf., Thalheim 60 Pf., Ulm 70 Pf., Wörishofen 60 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren  
ermeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:  
32490 Ernst Schiefer, Drechslerei, geb. 25. 10. 82 zu Ober-  
brüden.

02119 Gottlieb Ellinger, Zimmerer, geb. 13. 10. 81 zu  
 Tintelhausen.  
 01906 Hermann Sasse, Tischler, geb. 26. 2. 84 zu Alschim.  
 08221 Gustav Stamenske, Stellmacher, geb. 8. 5. 88 zu  
 Labuhn.  
 31160 Ljada Müntenhofer, Tischler, geb. 24. 3. 90 zu  
 Emden.

97608	Heinrich Hain, Tischler, geb. 9. 2. 72 zu Schauenstein.
67636	Karl Behm, Tischler, geb. 25. 10. 83 zu Ramzien.
69411	Paul Nohne, Tischler, geb. 25. 4. 01 zu Eilenburg.
75168	Johann Weide, Tischler, geb. 18. 3. 91 zu Niel.
85288	Wilhelm Holz, Tischler, geb. 19. 7. 68 zu Zahndorf.
86176	Wilhelm Heidorn, Tischler, geb. 1. 10. 77 zu Hannover.
11222	Anton Budow, Tischler, geb. 6. 3. 86 zu Neplow.

Gau Danzig: Bromberg 50 M., Eger 50, Danzig

120, Graudenz 40, Gumbinnen 60, HohenSalza 21, Kastrow  
 15, Insterburg 305,55, Königsoberg 602, Stolberg 300, Marien-  
 burg 65, Nalew 65, Neustettin 70, Preußisch-Holland 150,  
 Rastenburg 106,92, Schlawe 90, Sensburg 60, Stallupönen  
 45, Stolp 200, Tilsit 210, Zoppot 75 Ml.  
**Gau-Stettin:** Altlam 120 Ml., Barth 60, Bruns-  
 haupten 60, Wilkow 60, Demmin 65,80, Friedland 100,  
 Fürstenberg 130, Gollnow 100, Grabow 70, Loitz 70,  
 Lübtheen 60, Lübz 37,50, Malchut 101,45, Malchow 41,40,  
 Neubrandenburg 60, Neustrelitz 100, Parchim 90, Pasewalk  
 120, Rostock 950, Sacknig 56,82, Schivelbein 95, Schönberg  
 120, Schwerin 350, Stettin 800, Stralsund 260, Strelitz 285,  
 Swinemünde 60, Teterow 68,66, Ueckermünde 75, Warne-  
 münde 100, Wismar 300, Wolgast 150 Ml.  
**Gau-Preßlau:** Brieg 150 Ml., Bünzau 100, Frei-  
 burg 600, Glas 152,50, Gleiwitz 150, Glogau 200, Görlitz  
 1500, Grünberg 167,40, Habelschwerdt 80, Haynau 200,  
 Hirschberg 180, Jauer 80, Königshütte 60, Kreuzburg 118,80,  
 Langenbielen 100, Langenwols 800, Lauban 70, Lissa 28,88,  
 Niedy 300, Oels 220, Ostrowo 80, Posen 600, Schildberg  
 14,67, Schmiedeberg 93,40, Schweidnig 100, Strehlen 12,40,  
 Striegau 160, Waldenburg 350, Ziegenhals 185 Ml.

**Gau Berlin:** Adlershof 198 Mf., Beelitz 20, Belzig  
 79,30, Berlin 22000, Biesenthal 70, Brandenburg 3800,  
 Charlottenburg 1000, Cöpenick 300, Cottbus 500, Crossen 50,  
 Dahme 169,55, Drossen 40, Eberswalde 100, Erlner 50,  
 Forst 449,57, Frankfurt 700, Freienwalde 180, Friedrichshagen  
 236,80, Fürstenberg 845, Herzberg 40, Joachimsthal 12,40,  
 Küterbog 191,55, Klosterfelde 250, Königswusterhausen 60,  
 Lübben 212,70, Müllau 55,43, Neudamm 102,25, Neuen-  
 hagen 97, Neuruppin 80, Oranienburg 40, Perleberg 108,46,  
 Potsdam 400, Preußlau 120, Priebus 100, Prittwall 58,00,  
 Rathenow 200, Rixdorf 2100, Sagan 124,83, Schneidemühl  
 50, Schönlinde 150, Schönewalde 182,50, Schwiebus 88,79,  
 Seestenberg 211,60, Sommerfeld 100, Sorau 90, Sprem-  
 berg 800, Strausberg 134,54, Templin 82,20, Trebbin 250,  
 Trennenbrüchen 280, Welten 140,10, Wetschau 41,50, Weihensee  
 2000, Werder 40, Wittstock 50, Wriezen 70, Zehdenick 125,10,  
 Zehlendorf 60,32, Zielenzig 90, Zossen 100, Züllichau 29,20 Mf.  
**Gau Dresden:** Altenberg 40 Mf., Bautzen 800,  
 Brand 200, Cunnersdorf 230, Dippoldiswalde 408,88,  
 Döbeln 400, Eppendorf 350, Gericke 900, Glashütte  
 180, Großhartmannsdorf 75, Großröhrsdorf 200, Großschönau  
 20,08, Leisnig 100, Leubsdorf 110, Liebenwerda 228,80,  
 Marienberg 20, Mülda 60, Neugersdorf 200, Neubran 20,  
 Oschatz 100, Radeberg 300, Radeburg 88,60, Reichenberg 60,  
 Riesa 200, Schandau 270,90, Schmiedeberg 283,80, Schweins-  
 bain 100, Waldheim 400, Wilsdruff 580 Mf.

Gau Leipzig: Altdorf 170 Mi., Altenburg 600, Aue 130, Auerbach 165, Borna 550, Buchholz 270, Chemnitz 1500, Crinitzschau 150, Döbeln 116,60, Eisenburg 700, Eisenberg 850, Frohburg 280, Geithain 60, Gera 700, Glashau 78,96, Görlitz 150, Jöhstadt 187, Johanngeorgenstadt 800, Klingenthal 200, Langenberg 180, Limbach 60, Marienbergkirchen 118,45, Markranstädt 100, Meerane 129,25, Meuselwitz 140, Oelsnitz 128,90, Penig 50, Plauen 470, Naschau 450, Reichenbach 189,50, Ronneburg 80, Schleid 830,50, Schleiz 50, Schmölln 1190, Schönheide 180, Stollberg 60, Taucha 175, Treuen 60, Triebes 250, Weida 100, Werdau 200, Wilsau 250, Zeitz 2000, Zeulenroda 400, Zwickau 700 Mi.

Gau Erfurt: Apolda 80 Mi., Arnstadt 50, Böhla 80, Brotterode 10,75, Burgel 827,91, Coburg 800, Corbetha 90, Duderstadt 70, Eichwege 169,49, Fehrenbach 164, Frankenhausen 600, Friedrichroda 110, Gotha 800, Gräfenroda 80, Gräfinan-Augstett 90, Hermsdorf 70, Jena 800, Kahla 20, Langensalza 160, Langewiesen 150, Lauterberg 250, Leibis 107,49, Mellenbach 100, Mierseburg 190, Naumburg 250, Neuenbau 120, Nordhausen 300, Oberneubrunn 101,90, Osheim 16, Pößneck 50, Schlotheim 66,10, Sonneberg 100, Suhl 49, Themar 255,68, Waltershausen 892,81, Wasungen 107,20, Weimar 800, Wella-Mehlis 144 Mi.

Gau Magdeburg: Alten 73 M., Bernburg 650, Bitterfeld 100, Braunschweig 1200, Burg 600, Calbe 40, Clausthal 28,90, Cöthen 500, Cottbus 154,82, Delitzsch 50, Dessau 400, Eisleben 100, Goslar 250, Halle 600, Helmstedt 200, Hettstedt 88,26, Magdeburg 1000, Neuhausenleben 87,86, Osterburg 60, Osterwedel 95, Quedlinburg 48,47, Nößlau 100, Salzwedel 185,81, Sonnenhausen 200, Schönebeck 300, Stendal

Gaigdebeel 180,81, Gümmerhausen 200, Gühnedebeel 300, Gienbar  
597, Wernigerode 190, Wittenberg 287,85, Herbst 100 *Vf.*  
Gau Hambur<sup>g</sup>: Ahrensburg 120 *Vf.*, Apenrade  
75,82, Aurich 127,50, Vergedorf 372,14, Blankensee 820,  
Bliesenburg 180, Vredstedt 80, Wieren 1500, Bremerhaven

Boizenburg 180, Bredstedt 80, Bremen 1600, Bremerhaven  
1450, Brunsbüttel 88,30, Cuxhaven 861, Dantzig 70,  
Delmenhorst 162,15, Elmshorn 150, Esterwegen 50, Eutin  
71,22, Flensburg 400, Geesthacht 200, Hadersleben 157,08,  
Hamburg 20000, Harburg 350, Helle 180, Jychoe 100,  
Kellinghusen 50,00, Leer 800, Marne 100, Neuenburg 120,  
Neumünster 158,25, Neustadt 42,90, Norden 104,17, Oldenburg  
300, Oldesloe 250, Pinneberg 150, Preetz 80, Reinbek  
77,50, Stendeburg 800, Schleswig 100, Schwarzenau 175,  
Segeberg 50, Stade 80, Süderbrarup 80, Sulingen 121,  
Löningen 16,44, Uetersen 60, Wesseling 850, Wilhelmshaven  
400, Winsen 98,75 M.

Gau Hannover: Bielefeld 1000 Ml., Blomberg  
156,47, Bramsche 62,40, Bredenbeck 140, Bünde 200, Burg-  
dorf 115, Cassel 1100, Detmold 840, Göttingen 250, Hameln  
185, Heszen 45, Herford 1000, Hess.-Oldendorf 42,90, Hildes-  
heim 200, Holzminden 88,96, Lüchow 70, Lemgo 159,65,  
Melle 800, Minden 124,08, Münster 650, Northeim 10,80,  
Oehnhausen 250, Osnabrück 500, Osterode 200, Peine 460,  
Pyrmont 66, Quedenbrück 202,45, Rhine 85,04, Seesen 45,  
Springe 50, Steinheim 40, Uelzen 80, Uslar 816,73, Wals-  
rode 165 Ml.

Gau Düsseldorf: Bochum 150 M., Bonn 400, Dortmund 250, Düsseldorf 800, Duisburg 600, Elberfeld 800, Eimerich 60, Gelsenkirchen 210, Gevelsberg 224,02, Gladbeck 50, Hagen 71,75, Hagen 100, Hamm 60, Herne 40, Köln 2000, Krefeld 300, Lippstadt 26,85, Lüttgendortmund 29,70, Mülheim 185, M. - Gladbach 88,60, Münster 200, Neuß 70, Oberhausen 127,20, Ohligs 301,90, Neukirchen 100, Remscheid 300, Ronsdorf 148,06, Schwelm 300, Siegen 105, Soest 42,06, Solingen 105,52, Uerdingen 226, Wald 800, Wermelskirchen 98,80, Wesel 80, Witten 208,80 M.

**Gau Frankfurt:** Alsfeld 61,04 M., Amorbach 100, Auerbach 20,76, Aschaffenburg 281,50, Bad Karlshafen 80, Bensheim 60, Bubenheim 92,96, Coblenz 200, Diederhofen 51,70, Ebenlohe 139,50, Fechenheim 277,75, Friedberg 150, Gießen 300, Großkarben 40, Grünstadt 127,50, Hanau 800, Hettstein 80, Höhr 186,40, Homburg 149,27, Kaiserslautern 400, Kellheim 600, Kirchheim 249,50, Landau 165,66, Ludwigshafen 100, Mainz 1500, Mannheim 1000, Marburg 160, Michelstadt 100, Montabaur 50, Mühlheim 150, Neu-Jülich 200, Neustadt 160, Neuwied 100, Obernburg 270, Pirmasens 70,59, Neustadt 168, Saarbrücken 500, Speyer 150, Sprendlingen 110, Tamm 60, Trier 30, Völklingen 116,50, Weinheim 447,45, Wetzlar 120, Worms 475,25, Zweibrücken 50 M.

**Gau Karlsruhe:** Amberg 20 M., Ansbach 150, Bamberg 200, Bahrenbrück 800, Cham 44, Erlangen 800, Geroldsegg 21, Hersbruck 42,70, Herzogenrath 27, Hof 100, Kronach 24,40, Mittelteich 68,50, Neustadt 170, Nürnberg 153,90, Ochsenfurt 42, Rappenheim 82,87, Regensburg 500, Neuburg 100, Rothenburg 98, Schneid 70,80, Schopfendorf 27,82, Schwabach 60, Schweinfurt 161,80, Waldburg 150, Wendelsheim 80,50, Würzburg 600, Wunsiedel 77,82 M.

**Gau München:** Aibling 40 M., Augsburg 1200, Berchtesgaden 80, Bruckmühl 80, Dachau 100, Günzburg 100, Ingolstadt 200, Kempten 150, Kirchseeon 25, Landsberg 30, Landshut 80, Lindau 20, Memmingen 104, Miesbach 163,95, Mühldorf 90, München 5000, Pasing 169,80, Pfarrkirchen 50, Prien 100, Reichenhall 77,50, Rosenheim 150, Schlehdorf 80, Starnberg 210, Straubing 100, Tegernsee 80, Tölz 250, Traunstein 40, Weilheim 50 M.

**Gau Stuttgart:** Altensteig 90 M., Alspach 51,80, Baden-Baden 80, Balingen 52,18, Bietigheim 150, Bruchsal 100, Colmar 250,66, Donaueschingen 80, Durlach 496,55, Enzweihingen 85, Esslingen 450, Freiburg 700, Freudenstadt 26, Furtwangen 100, Gaggenau 288,55, Galdorf 86,40, Gebweiler 25, Geislingen 84,60, Göppingen 252,87, Hall 100, Hechingen 20, Heidenheim 802,59, Heilbronn 1000, Hornberg 148,28, Karlsruhe 780, Kirchheim 800,57, Konstanz 240,33, Laatzen 180, Ludwigsburg 100, Marbach 250, Markgröningen 18,50, Mecklenburg 57, Mühlheim 90, Mühlhausen 800, Neckarzimmern 95, Neuendettelsau 74,80, Nürtingen 55,07, Offenburg 150,50, Oschatz 150, Pforzheim 500, Radolfzell 120, Rastatt 150, Reichenbach 58,22, Reutlingen 802,18, St. Georgen 20, St. Ludwig 50, Schorndorf 100, Schramberg 200, Singen 60, Sindelfingen 115, Spiegelberg 58,15, Staufen 70, Straßburg 800, Stuttgart 4500, Tübingen 50, Tübingen 100, Tuttlingen 75, Ulm 800, Villingen 179,98, Waiblingen 316,85, Waldstetten 120, Waldshut 80, Wangen 25,94, Weilheim 80, Wimmen 91,50, Zell-Schöpsheim 85 M.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Unstädte sofort an uns zu berichten.

In dieser Quittung sind mit diejenigen Beträge aufgeführt, welche bis 30. April in Händen des Kassierers waren. Nicht quittiert sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren, wie Almanach, Fachblatt, Prospekte usw.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

Ahren (Westfalen). Die Firma Neichel u. Richter, Möbelfabrik mit elektrischem Betrieb, sucht in letzter Zeit wiederum tüchtige selbständige Kastenmacher und Radmacher, Feuerschmiede, Bankarbeiter und Lackierer gegen hohe Lohn und dauernde Stellung. Da erscheint es wohl angebracht, einmal die Mißstände, die in dieser Bude vorherrschen, sind, etwas zu beleuchten. Inhaber dieses Betriebes ist Frau Witwe Richter, und als Betriebsleiter bzw. Konkurrenz sind fünf Söhne tätig. Vierer dieser sind noch ganze sechs Mann beschäftigt. In der Stellmacherei sind von vier Männer drei an die Wand festgekettet, um das Umlippen zu vermeiden. Dazu fehlt es an Ventilation, unter anderem ist nur eine Range und ein Fuchsenschwanz vorhanden. Trockenholz kennt man auch nicht, Holz, das im Winter gefällt wird, wird im darauffolgenden Sommer schon verarbeitet. Alsdann fehlt Ventilation, die um so nötiger wäre, als die Maschinen in der Werkstatt stehen und auch der Rauchabzug von der Schmiede her durch genügend vorhandene Löcher in die Stellmacherei geleitet wird. Dazu kommt nun noch die wilde Behandlung, die den dort beschäftigten Arbeitern zuteilt wird; Bezeichnungen wie Kindisch, Name, dummer Laps, grüner Lunge, Schläge Ihnen die Zahzhähne ein und dergleichen mehr, sind keine Seltenheit und auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen noch viel zu wünschen übrig. gearbeitet wird noch 10½ Stunden, jedoch werden nur 10 Stunden bezahlt. Einem Kastenmacher, der am Schlußabend 13 M. Abfuhrüberschuss erhalten mußte, wurden ohne Grund 6,50 M. einbehalten; diese Summe wurde ihm erst nach mehrmaligem Fordern endlich nach einem guten Wertesjahr ausbezahlt. Ein anderer Kastenmacher, der auf ein Jura der Firma eingestellt wurde, mußte an den ersten beiden Tagen den Boden aufzuräumen, am dritten Tag ein Duhend Hammertisch machen und am vierten Tag Kinderporträts reparieren, bei der Lohnung bekannt er pro Stunde 37½ Pf. Einem Radmacher, der auf Verlangen der Firma noch zwei Tage arbeiten sollte, dieses aber verweigerte, weil ihm einer der Herren Söhne, mit einer Eisenstange bewaffnet und unter Drohungen aufgefordert hatte, die Bude zu verlassen, wurden beim Fortgang 24,50 M. einbehalten. Die Kollegen sehen also, wie rosig es in dieser Bude aussieht. Wer aber Lust hat, in einer Musterbude zu arbeiten, dem sei dieser Betrieb aufs wärmste empfohlen.

Bensheim a. R. In dem benachbarten Bell scheint der Drehermeister Weißler, der dort die Steigertischfabrikation betreibt, eine besondere Freude daran zu haben, recht viel mit den Arbeitern zu wechseln. Kaum arbeitet einer 14 Tage dort, so kann er ihn nicht mehr gebrauchen. Unter allen möglichen Versprechungen werden die Schreiner angeworben, die dann in einigen Tagen schwer enttäuscht den Wanderstab wieder ergreifen müssen. Da sich Herr Meister brüstet, von Frankfurt, Heidelberg, Mannheim, sowie Schönau genug Arbeiter zu bekommen, so möchten wir den Kollegen raten, sich für alle Fälle zuerst bei der Ver-

waltung der Zahlstelle Bensheim die nötige Information einzuholen, um nicht einen Reinfall zu erleben.

Leipzig. Von der Firma L. Hupfeld, Fabrik für mechanische Musikwerke in Leipzig, werden in letzter Zeit wiederholt Tischler, Polierer und Instrumentenmacher in auswärtigen Zeitungen gesucht. Diesen Gesuchen gegenüber muß festgestellt werden, daß am Orte genügend arbeitslose Kollegen der Branchen vorhanden sind und auch im Betrieb in einigen Branchen eine Stockung der Produktion zu verzeichnen ist. Der Versuch der Firma, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, kann nur dahin erwartet werden, daß damit beabsichtigt wird, die in letzter Zeit wiederholt angekündigte Astordabzüge erfolgreich durchzuführen. bemerkenswert ist, daß vielfach ältere Verbandskollegen auf Grund der Gesuche nach hier kommen, die Arbeit im Betrieb aufzunehmen, ohne sich vorher bei der Verbandsleitung erkundigt zu haben. Die Betroffenen sehen sich meistens nur mit der Firma schriftlich in Verbindung oder wenden sich evtl. noch an einen bekannten Kollegen, der als guter Freund in diesen Fällen den indirekten Vermittler gemacht hat. Werden dann bei der Anmeldung dem Kollegen Vorhaltungen ob seiner Handlungswise gemacht, dann fehlt es nicht an allen möglichen Entschuldigungsgründen und auguterlebt führt der Kollege sich noch beleidigt, wenn sein Verhalten gerügt wird. Wir möchten deshalb die Kollegen allerorts ersuchen, die Arbeitsangebote obiger Firma sehr vorsichtig aufzunehmen und unter allen Umständen vor der Bewerbung sich bei der hiesigen Verbandsleitung, Zeitzer Straße 82, zu erkundigen.

Deberau. Das Interesse unserer Kollegen am Verband sowie an der ganzen Arbeiterbewegung läßt noch viel zu wünschen übrig. Dabei sind doch gerade bei uns die Lohnverhältnisse keine rossigen; es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, mitzuarbeiten für den Verband und die uns noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen, damit auch wir einmal etwas unternehmen können. Einzelnen können wir nichts ausrichten, nur geschlossen sind wir eine Macht, drum auf Kollegen, heraus aus dem Stumpftanz, besucht regelmäßig die Versammlungen. Nur wenn ein jeder mitarbeitet, können wir zum Ziele kommen. Gerade hier bei uns bedarf es noch der steten Mitarbeit eines jeden Kollegen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen.

#### Unsere Lohnbewegung.

In Augsburg sind in der Dautschlerei und Möbelfabrik Pfeiffer am 2. Mai die Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Kollegen forderten eine Lohnhöhung von 10 Proz. Die eingeleiteten Verhandlungen verließen ergebnislos. Leider hielten es 2 junge Kollegen für nötig, weiter zu arbeiten. Wenn es uns gelingt, weitere Arbeitswillige fernzuhalten, so wird es möglich sein, die berechtigten Forderungen durchzubringen. Buzug von Tischlern, Polierern, Drechsler, Bildhauern und Maschinendarbeitern ist streng fernzuhalten.

In Alsbach wurde ein bis 17. Februar 1913 laufender Vertrag mit dem Schuhverband und den vereinigten Schreiner-, Zimmer- und Baumeistern abgeschlossen. Der neue Vertrag bringt 4 Pf. Lohnhöhung und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung, sowie Steigerung des Mindestlohnes von 33 auf 38 Pf.

Auf der Insel Wörth sind die Tischler entlassen worden, weil sie sich weigerten, die Arbeiten der ausgesperrten Zimmerer fertig zu stellen. Die Unternehmer bemühen sich nun, andere Tischler heranzuziehen. Buzug nach dort ist fernzuhalten.

In Coburg erreichten die Tischler der Firma Hoffmeister und Grasser die Lohngarantie bei Astordarbeit, 23 M. Wochenabholtag für über 25 Jahre alle Gesellen, Festigung des Montagegeldes auf 2,50 M. auswärts und 50 Pf. am Orte.

In Darmstadt wurden die am 6. April der Vereinigung der Arbeitgeber zugestellten Forderungen von der Darmstädter Möbelfabrik, welche sie in vollem Umfang als behende und den Verhältnissen angepaßt erachtete, bewilligt. Der größte Betrieb am Ort, die Holzmöbelfabrik Audio. Alter, schied von vornherein aus, da mit dieser Firma unterm 12. Februar dieses Jahres ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen wurde. Auf Betreiben des Vorstandes der Arbeitgeberorganisation, Kommerzienrat Glückert, wurden die Verhandlungen immer und immer wieder verschoben, worauf die Kollegen in einer außerordentlichen Generalversammlung vom 22. April beschlossen, in den Möbelfabriken Eg. Ehrhardt u. Söhne, Julius Glückert und Karl Biegler die Arbeit so lange rühen zu lassen, bis die Verhandlungen beendet seien. Einmütig wurde in diesen Betrieben am 23. April die Arbeit eingestellt. Hierauf strengten Glückert und Ehrhardt eine Kontraktbruchklage beim hiesigen Gewerbeamt an mit dem Erfolg, daß 115 Kollegen verurteilt wurden, in Glückert und Ehrhardt insgesamt 3014 M. zu zahlen. Gegen dieses Urteil wurde Einspruch erhoben und findet am 6. Mai neuer Termin statt. Die Herren Glückert und Ehrhardt haben schon wiederholt, aber vergeblich, die Kleinmeister aufgefordert, ihnen durch Absperrung zu Hilfe zu eilen. Im Essener "Arbeitsmarkt" und der Generalanzeigerprese suchen Ehrhardt und Glückert Arbeitswillige nach Darmstadt zu lösen, weshalb wir an unsere Kollegen die Bitte richten, uns durch Fernhaltung des Buzugs zu unterstützen. Die Firma Biegler hat inzwischen die Forderungen bewilligt und wurde am 3. Mai darauf die Arbeit wieder aufgenommen. Abgereist und anderweitig untergebracht sind bis jetzt 42 Kollegen, darunter eine große Anzahl verheirateter.

In Dresden haben die Möbelfischer und Maschinendarbeiter der Firma "Vereinigte Eschbach" den für diese Branche in Dresden geltenden Vertrag, als Forderung eingereicht. Da die Betriebsleitung mündlich und schriftlich erklärt, Arbeitsbedingungen, wie im Vertrag festgesetzt, nicht gewähren zu können, raten sämtliche Maschinendarbeiter, Tischler und Fertigmacher in den Streik. Bei den Verhandlungen der Kommission mit der Betriebsleitung während des Streiks wurden zwar einige Zugeständnisse gemacht, jedoch jede Lohngarantie, Regelung der Astordreise, Gewährung einer Abschlagszahlung in bestimmter Höhe, strikt abgelehnt. Die einzige Fazette war, die Astord-

preise so bemessen zu wollen, daß ein normaler, fleißiger Arbeiter 48 Pf. die Stunde verdienen könne. Da die Dresdner Meister bei den Verhandlungen fortgesetzt klagen über die Schmalkonturen dieser Firma führen, glauben wir zur Annahme berechtigt zu sein, daß das Gesuchen der Nachzettelung, Streitende von Eschbach nicht einzustellen, durchaus nicht die Meinung der Dresdner Meister ist. Diese werden höchstwahrscheinlich auch weiter den Streik als berechtigt anerkannt und Streitende einstellen. Die Firma Eschbach sucht durch Insolvenz in verschiedenen Zeitungen Streitende herauszuziehen. Wir bitten die Lohnverwaltungen, diesen Insolventen die nötige Beachtung zu schenken. Der Buzug ist für alle Fälle streng fernzuhalten.

In Günzburg haben die Differenzen mit der Firma Hubert u. Ulrich ihren Abschluß erreicht. Mit den Arbeitern ist ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt nun bis 1911: 58 Stunden, von da ab 55 Stunden pro Woche. Im letzten Vertragsjahr tritt eine Arbeitszeitverkürzung nur dann in Kraft, wenn in mindestens zwei Großbetrieben am Orte eine längere Arbeitszeit tariflich festgelegt ist. Der Minimallohn für Tischler und Polierer beträgt 33 Pf., für Maschinendarbeiter 33 Pf. pro Stunde. In den zwei ersten Vertragsjahren erfolgt eine Lohnhöhung von je 2 Pf. und im letzten Jahre eine solche von 1 Pf. pro Stunde.

In Heilbronn ist die Lohnbewegung der Wagner augunsten der Kollegen beendet. Durch das geschlossene Vorgehen der Kollegen in den Garroseriefabriken (der Fahrzeugfabrik Kraus u. Co. und bei dem Kleinbetrieb von Auerland) wurde ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen. Die Hauptbedingungen sind 9½ stündige Arbeitszeit, eine sofortige Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde, ab 1. März 1912 weitere 2 Pf. ab 1. März 1913 1 Pf.

In Husum ist es ohne Streit zum Abschluß eines neuen vierjährigen Vertrages gekommen. Unsere Kollegen erreichen während der Vertragsdauer die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche und eine Lohnhöhung von 7 Pf. pro Stunde. Der vertragliche Normallohn steht auf 47 Pf. Weiter sind geregelt die Aufschläge für Überstunden und für auswärtige Arbeiten. Unsere Kollegen erklären ihr Einverständnis mit diesen Vereinbarungen, so daß an diesem Ort der Friede erhalten bleibt. Der abgeschlossene Vertrag erstreckt sich nur auf die Kleinmeister, in der Möbelfabrik besteht bereits die neunstündige Arbeitszeit.

In Kempten wurde der seit dem Jahre 1908 gültige Vertrag von unseren Kollegen zum 1. Mai gekündigt und nach längeren Verhandlungen mit den Meistern ein neuer Vertrag auf die Dauer von 4 Jahren vereinbart. Die Arbeitszeit wird von 58 auf 55 Stunden verkürzt, ohne Lohnkürzung, so daß hier in Zukunft an den Samstagen um 4 Uhr Arbeitsschluss ist. Die zurzeit bezahlten Löhne werden um 5 Pf. die Stunde erhöht, die gleiche Erhöhung erfahren auch die bisher gültigen Mindestlöhne. Alle übrigen Positionen, wie Pausalage, Buschläge für Überstunden und bei Auswärtstarbeiten werden entsprechend erhöht, sowie auch bei Astordarbeit der volle Stundenlohn in allen Fällen garantiert wird.

In Landsberg a. W. sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wird deshalb gebeten, den Buzug fernzuhalten.

In München ist mit der Bürenfabrik Pensberger u. Cie. ein neuer Tarifvertrag bis 1. Mai 1914 abgeschlossen worden. Dieser Vertrag bringt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 66 auf sofort 55½ Wochenstunden und ab 1. Mai 1911 auf 55 Stunden. Sämtliche Tagelöhne und Astorde mit Ausnahme solcher von Kleinmeisterinnen werden sofort um 8 Proz. am 1. Mai 1912 um 2 Proz. und am 1. Mai 1913 um weitere 2 Proz. erhöht.

In Neustadt a. b. Aisch ist die Lohnbewegung der Binsenmacher bei der Firma Hoffmann erledigt. Durch Unterhandlungen gelang es die Arbeitszeit um 2 Stunden zu verkürzen und die Löhne um 15 Proz. zu erhöhen. Diese Verbesserungen sind verteilt auf sofort 10 Proz. und 1 Stunde, ab 1. Januar 1912 gibt es 5 Proz. und 1 Stunde. Bei der Firma Heidecker dagegen ist eine Einigung nicht erzielt, es handelt sich hier noch um die Aufbesserung der Frauenlöhne. Über die Konkurrenz in Elbing und Neusalz wird hier viel gellagt; mögen die Kollegen dort den Erfolg der Nürnberger und Neustädter Pinselmacher in ihrem Interesse ausnutzen. Das Gleiche gilt auch für die Pinselmacher in Betschdorf, Dinkelsbühl und Wilhermsdorf.

In Ostrowo in der Provinz Posen haben sich die Christen wieder ein hübsches Stückchen geleistet. Seit dem 23. April befinden sich dort unsere Kollegen in Verhandlungen wegen des Abschlusses eines neuen Tarifs. Am 7. Mai sollte wieder eine Sitzung sein und da waren unsere Kollegen nicht wenig überrascht, einen ihnen unbekannten Herrn bei den Arbeitgebern sitzend zu finden. Er wurde von diesen als der Bezirkleiter des christlichen Verbandes Gloger aus Breslau vorgestellt, der von den Arbeitgebern eingeladen war. Da von der Christen des christlichen Verbandes am Ort nichts bekannt ist, hatten unsere Kollegen kein Bedürfnis, mit Herrn Gloger zu verhandeln. Das war anscheinend auch der Wunsch der Unternehmer, denn sie erklärten, daß sie mit dem Gloger verhandeln würden, der ihnen versprochen habe, daß der christliche Holzarbeiterbetrieb der Arbeitsträger liefern würde. Es wäre interessant, zu erfahren, ob der Gloger dieses unehliche Spiel im Einverständnis mit der christlichen Verbandsleitung treibt.

In Ravenau ist der Streit bei der Firma Bachmann nach dreiwöchiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Nächster Bericht folgt in nächster Nummer.

In Speyer sind die Verhandlungen über die eingereichten Forderungen gescheitert. In einigen Werkstätten ist die Kündigung eingereicht. Wir ersuchen die Schreiner sowie Maschinendarbeiter, Speyer zu meiden und den Buzug fernzuhalten.

In Tegernsee und den benachbarten Seeborten Egern, Starnach und Wiessee stellten die Kollegen am 12. April an die Meister Forderungen, die von denselben aber je-

bestreiter Weise abgelehnt wurden, worauf die Kollegen ein paar Tage später in den Streik traten. Die hiesigen Meister reflektieren ständig auf gute Arbeitskräfte, mehren sich aber, anständige Löhne zu zahlen. Dazu ist die Lebenshaltung in unseren Sommerorten fürchterlich teuer; die Preise sind hier auf die gefüllten Geldbeutel der Sommerfrischler zugeschnitten ohne Rücksicht auf die ehrenwerten Löhne der Arbeiter. Viele Kollegen haben daher hier schon schlimme Erfahrungen gemacht, denn von der guten Lust und der Aussicht auf die Ferne kann man natürlich doch nicht leben. Da hier demnächst die Saison beginnt, so dürfen die Meister baldigst sich eines besseren bejammern und einen Vertrag anerkennen, der längst in anderen Orten durchgeführt ist. Von den Kollegen verlangen wir nur die tatkräftige Unterstützung in der Fernhaltung des Zusprungs in das Tegernseer Tal.

In Niederlenz (Holstein) war es bisher nicht möglich, die außerordentlich rückständigen Löhne und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen vorwärts zu bringen. Die Arbeitszeit betrug 60 Stunden pro Woche bei 40 Pf. Stundentlohn. Neben einem jüngeren Unternehmer, der circa 20 Männer beschäftigt, kommen eine größere Anzahl Kleinbetriebe in Betracht, bei denen ein Druck seitens der Organisation nicht ausgenutzt werden konnte. Aus diesem Grunde wurden bei unserem diesmaligen Vorgehen die Kleinmeister aus dem Spiele gelassen und zunächst an die größere Firma folgende Forderungen gestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, Erhöhung des Mindestlohnes von 40 auf 50 Pf., und Erhöhung aller bestehenden Löhne, die schon mehr als 40 Pf. betragen, um 8 Pf. pro Stunde. Das war dem Herrn etwas zu viel für einmal, er wollte sogar überhaupt nicht einmal mit uns verhandeln. Als aber unsere Kollegen am 2. Mai in den Streik traten, fand der Arbeitgeber gar keinen Gefallen daran. Schon am 7. Mai lud er unsere Kollegen zu Verhandlungen ein, die im Beisein des Gauvorstehers stattfanden. Es kam folgende Vereinbarung zu Stande: Die tägliche Arbeitszeit beträgt ab 20. Juni 1910 9½ Stunden, ab 1. April 1912 9 Stunden. Der Mindestlohn beträgt ab 20. Juni 1910 45 Pf., ab 1. April 1911 47 Pf. und ab 1. April 1912 50 Pf. pro Stunde. Auf die zurzeit bestehenden Löhne wird ab 20. Juni 1910 ein Aufschlag von 5 Pf., ab 1. April 1912 ein solcher von 3 Pf. pro Stunde gewährt. Überstunden werden mit einem Aufschlag von 10 Pf. Sonntagsarbeit mit einem solchen von 20 Pf. vergütet. Bei Arbeiten außerhalb der Stadt ohne Übernachtung erfolgt ein Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde nebst freier Fahrt. Für auswärtige Montagearbeiten beträgt der Aufschlag 2,50 Mt. pro Tag. Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1914.

In Warnemünde gelang es ohne Arbeitsniederschlag die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden und eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde durchzuführen. Die Verbesserungen treten zum Teil sofort, zum andern im Jahre 1911 ein. Der abgeschlossene Vertrag läuft bis 1. April 1913.

## Plus der Holzindustrie.

### Die Auszahlung von Streitunterstützung im Holzarbeiterverband.

p. Die Vereinigung Löhner Industrieller hat sich in Unfosten gestürzt und lädt an die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie ein Blatt verteilen, das auf den Streit in den Försterschen Pianofabriken in Löbau und Georgswalde Bezug nimmt. Die in dem Blatt verarbeitete Entdeckung sahen den Herren so wertvoll, daß außerdem die gesamte bürgerliche Presse damit verschenkt werden mußte, und die Schriftmacherpresse drückt den Waschettel denn auch tatsächlich in der Erwartung ab, damit Verwirrung in die Reihen der Holzarbeiter getragen zu haben. Das die Herrschaften damit nicht auf ihre Rechnung kommen, wird die Zukunft lehren.

Behauptet wird, daß beim Beginn des Streiks in den Försterschen Fabriken den Nichtorganisierten die volle Streitunterstützung versprochen sei, daß dann aber bei der Unterstützungsauszahlung ein Schuldschein mit dem Namen einer völlig fremden Person zur Unterschrift vorgelegt wurde. Und das, obwohl die Streikenden sich die Streitunterstützung durch Postenscheine usw. rechtlich verdient hätten. Den Organisierten sei es nicht besser ergangen, obwohl sie wohl circa 50 Mt. an die Organisation an Beiträgen gezahlt haben.

Unwahr ist zunächst, daß den Nichtorganisierten die volle Streitunterstützung des Verbandes versprochen ist. Anspruch auf Streitunterstützung aus Verbandsmitteln haben selbstverständlich nur Mitglieder der Organisation. Wenn in Löbau und Georgswalde an Nichtorganisierte Streitunterstützung gezahlt wurde — und das ist in erheblichem Maße geschehen —, so hatten die Betriebsenden nicht den allergeringsten Anspruch auf Mittel, zu deren Beschaffung sie nicht beigetragen haben. Die Behauptung, die Streitunterstützung sei durch Streitpostenscheine usw. verdient, wird nur allgemeine Heiterkeit auslösen. Unsere Kollegen wissen, daß Zustände nicht der Organisation wegen geführt werden, doch also gar keine Rede davon sein kann, daß Streikpostenscheine ein Dienst für den Verband sei, der entlastet zu werden verdiente. Umgekehrt ist es richtig. Unsere Kollegen führen den Kampf um Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse, sie genießen die eventuellen Erfolge, müssen aber auch die Opfer des Kampfes tragen. Diese Opfer zu verringern ist die Organisation bestrebt, die ihren Mitgliedern im Streikfall durch materielle Hilfe unter die Arme greift, sie in den Stand setzt, den Kampf erfolgreich durchzuführen. Richtig ist, daß die Streitunterstützung auf einen, vom Hauptkassierer des Deutschen Holzarbeiterverbandes ausgestellten Schuldschein zu quittieren ist. Bei der Beurteilung über den Eintritt in einen Ausstand ist unerlässliche Voraussetzung, daß alle Teilnehmer am Ausstand sich auch verpflichten, bis zum Ende mit auszuhalten. Wer nicht mit auszuhalten will und sagt dies nicht vor Beginn des Kampfes, läuft seine Kollegen, die eben-

falls einen anderen Beschluss fassen würden, wenn sie davon Kenntnis hätten, daß der oder jener vorher abschwören wollte. Erst den Streik beschließen, durch seine Zustimmung seine Nebenarbeiter zur Arbeitsniederschlag zu veranlassen und sie dann im Stich zu lassen, ist unter allen Umständen ehrlos. Gegen solche Ehrlosigkeit sich zu schützen, ist jeder Arbeiterorganisation Pflicht. Deshalb ist der Streikquittung nachstehender Vermerk vorgedruckt:

"Unterzeichneter erklärt mit Empfangnahme der nachstehend quittierten Beiträge gleichzeitig, daß er sofort in er vor der verbandsseitig erfolgten Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufnimmt, die empfangene Gehaltssumme als ein persönliches Vorlehen von Herrn Fritz König in Berlin anerkennt, und verpflichtet sich in diesem Falle, den quittierten Vertrag vierzehn Tage nach erfolgter Mahnung an Herrn Fritz König in Berlin zurückzuzahlen."

Der empfangene Vertrag ist also mir zurückzuzahlen, wenn der Empfänger der Unterstützung vor Beendigung des Streiks die Arbeit aufnimmt, also Streikbrecher wird. Diesen gegenüber legend welche Rücksicht zu nehmen, steht gar keine Veranlassung vor. Für die anderen am Streik Beteiligten ist das alles eine leere Formalität. Streikbrecher genießen in der gesamten organisierten Arbeiterschaft einer recht geringen Werteschätzung, wir glauben nun nicht, daß diese steigt, nachdem die Vereinigung der Löhner Industriellen ihretwegen Böhnen verlossen haben. Das gilt auch dem Prof. Dr. Nahn in Dresden, der in einem sächsischen Winzblättchen sein Licht leuchten läßt und an dem Feuer ein Suppchen für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereine kochen möchte. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat seit seinem Bestehen viele Millionen Streitunterstützung ausgezahlt. An dieser Tatsache werden alle Versuche, Misstrauen zu sät, scheitern. Das Greinen über die Verderbtheit des Holzarbeiterverbandes kleidet die Herren um so besser, als es ihnen doch nicht fremd sein kann, daß sich die Arbeitgeberorganisationen in derartigen Fällen allgemein durch Ausschaltung von Wechseln sichern. — In unserem Falle hat, wenn Streit über die Berechtigung unseres Vertrages entsteht, das Gericht, wohlverstanden ein bürgerliches Gericht, zu entscheiden. Das weiß jedes Kind. Während die Arbeitgeberorganisationen durch das Ausschließen von Wechsels erwerben wollen, der Aussteller eines Wechsels müsse unter allen Umständen bezahlen. Wohl sind nach der neueren Rechtsprechung auch diese Wechsel anfechtbar, es wird aber geflissenlich der Anschein erweckt, als sei der Wechsel eine ausgestigte Forderung und müsse, wenn die Unterschrift gegeben ist, bezahlt werden. Tatsächlich glaubt denn auch der größte Teil der Unternehmer, eine Nachprüfung der Wechselseforderung sei ungültig und hält sich der Organisation seiner Vertragskollegen auf Gnade und Ungnade überlassen. Da sind wir Wilden doch bessere Menschen!

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie, lieber den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie im Monat März berichtet das „Reichsarbeitsblatt“, daß die Sägewerke und die Holzbearbeitungsindustrie rege Beschäftigung hatten, auch die Holzfärbefabrikation hatte regelmäßig und besser als im Vorjahr zu tun. In Parlett- und Stabfusshöoden lag das Geschäft daneben. Die günstige Witterung belebte das Geschäft in den Holzpfasterfabriken und die rege Kaufstätigkeit beeinflußte das Faloutsiegeschäft günstig. Die Baumaterialerei lag völlig daneben. Der Zuguswagenbau stand in voller Blüte. In einzelnen Betriebszweigen herrschte Arbeitsmangel. Die Berliner Möbelindustrie lagte über schleppenden Geschäftsgang, dagegen bezeichnete eine wichtige mährische Firma ihn als zufriedenstellend. Die Berichte über den Beschäftigungsgrad in der Korbstwate-industrie lauteten in der Mehrzahl gut oder befriedigend, nur eine Firma lagt über den Rückgang. Die badische und bayerische Bürostofffabrikation war im verflossenen Vierteljahr reichlich mit Aufträgen verschenkt. In Bayern war ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften zu beobachten. In den Berichten aus dem Eisenbahnwagenbau wird fast durchgängig über ungenügende Beschäftigung gesagt. Ein größeres Werk mußte fast in sämtlichen Betriebstypen die normale 10stündige Arbeitszeit um 2 Stunden verkürzen. Dagegen lauteten die Berichte aus der Automobilindustrie fast durchgängig recht günstig. Einige Fabriken kamen mit der normalen Arbeitszeit nicht aus und waren gezwungen, Überstunden einzulegen, um die Aufträge zu bewältigen.

## Gewerkschaftliches.

### Die Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse.

So heißtt ein Genosse Josef Kliche einen in der Nr. 32 der „Neuen Zeit“ abgedruckten Artikel, in welchem er die sonderbare Ansicht vertreibt, daß die fachtechnische Fortbildung der Mitglieder nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaft gehöre. Er zählt eine Reihe von Gewerkschaftsblättern auf, die teils regelmäßig in besonderen Beilagen, teils gelegentlich im Feuilleton fachgewerbliche Artikel und Notizen bringen, und erwähnt besonders unser „Fachblatt für Holzarbeiter“ und den vom Metallarbeiterverband herausgegebenen „Zeitgeist“ als Blätter, die unabhängig von dem offiziellen Organ des Verbandes erscheinen. Der ganze Artikel legt Zeugnis davon ab, daß der Schriftsteller Josef Kliche in unstillbarem Betätigungsdrang sich an Dinge heranwagt, die er nicht versteht; man könnte über seine Leistung ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn es nicht gerade die „Neue Zeit“ wäre, die ihm ihren Raum zum Abladen seiner Weisheit zur Verfügung gestellt hat. Es könnte der Arbeiterbewegung nur zum

Vorteil gereichen, wenn das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie an die Gewerkschaftskritiker, die sich bei ihr zum Wort melden, einen schärferen Maßstab der Kritik anlegen würde, als es hier der Fall war.

Kliche hält die fachgewerbliche Fortbildung der Gewerkschaftsmitglieder für eine unnötige Zeit- und Kraftverschwendungen, die eigentlich nur den Unternehmern zugute kommt. Er legt dar, daß es in einer Reihe von Berufen allerdings nur auf die physische Kraft und Schnelligkeit des Arbeiters ankomme. In anderen Berufen, wie in der Holz- und Metallindustrie, hätte die Maschine eine solche Spezialisierung der Arbeit bewirkt, daß der Arbeiter unter Umständen sein ganzes Leben an einem Spezialstück zubringen kann. Hier würde der Lehrling gar keinen Überblick über die Herstellung der einzelnen Gegenstände auf praktischem Wege bekommen, wenn ihm nicht das fachtechnische Wissen auf theoretischem Wege beigebracht würde. Dieses Bringen stehe aber in unserem Klassestaat auf einem sehr niedrigen Niveau. — Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber nicht frei von Uebertreibungen. Und eine noch stärkere Uebertreibung enthält der folgende Satz: „Das, was früher der erfahrene Kollege dem an seiner Seite stehenden Lehrling während der Arbeitszeit begeißlich machen konnte, kann heute nur noch außerhalb des Werkplatzes und der Arbeitszeit geschehen, andernfalls würden die kapitalistischen Männer beide, sowohl Jungs wie Alte, überrollen und aus der Stadt hinausbegessen.“

So wenig wir die großen Mängel in der heutigen Lehrlingsausbildung erkennen, so gebietet es doch die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß recht kräftige Ansätze für eine Reform des Lehrlingswesens vorhanden sind. Werkstellen, in welchen die Lehrlinge planmäßig, sowohl in der Praxis als auch in der Theorie, ausgebildet werden, sind allerdings nur ganz vereinzelt anzutreffen. Und so gibt es, speziell in unseren Berufen, gar manchen Arbeiter, der in der Werkstatt ganz tüchtiges leistet, der aber, je mehr er seinen Beruf lieb gewinnt, es um so schwerlicher empfindet, daß ihm so manche theoretischen Kenntnisse abgehen, die ihn in seiner Berufstätigkeit fördern würden. Streitsame Kollegen suchen diese Bildung in Fachschulen auszufüllen. Voraussicht hierfür ist aber der Besitz einer gewissen Menge von Kleingeld, über die leider die meisten Arbeiter nicht verfügen. Die Kultur des Fachblattes bietet jedoch für diejenigen, die auf den Schulbesuch verzichten müssen, einen teilweisen Ersatz. Sie fördert die Liebe zum Beruf und ermittelt theoretische und praktische Berufskennisse. Im Fachblatt wird dieser oder jener Arbeitsvorgang besprochen, den der einzelne gewohnheitsmäßig in der Werkstatt ausgeführt hat, ohne sich etwas besonderes dabei zu denken. Durch die Kultur erhält er, warum man das so und nicht anders macht; der Arbeiter wird dadurch angeregt, über die Arbeitsmethoden, die er bisher rein mechanisch angewendet hat, nachzudenken, und dieses Nachdenken ist der Ausbildung seiner beruflichen Fähigkeiten höchst förderlich. Indem das Fachblatt die Strömungen im Kunstgewerbe aufmerksam verfolgt und eine Menge von Illustrationen bringt, lehrt es die Leser die vorbildlichen Leistungen der namhaftesten Kunstmaler und Bildhauer kennen. Dadurch hebt sich das zeitige Niveau des Arbeiters und zugleich sein Selbstbewußtsein. Er sieht danach und gewinnt auch mit der Zeit die Fähigkeit, seinem Arbeitsprodukt den Stempel seines Geistes aufzudrücken. Dazu bietet sich auch heute noch Gelegenheit. Denn trotz der Ausbildung der Maschinentechnik ist die Spezialisierung der Arbeit insbesondere in der Tischlerei noch nicht so weit entwickelt, daß sich der Arbeiter in jedem Falle nur als Teil der Maschine fühlen müßte.

Die Frage ist nun, ob die Pflege dieser Aufgaben im Sinne der Gewerkschaftsbewegung liegt oder weiter gefaßt mit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen ist. Kliche lobt Inhalt und Ausstattung unseres „Fachblatt für Holzarbeiter“, die den technischen Beiträgen der Unternehmer durchaus eberbürtig sei. Er stellt es aber in einen Gegensatz zu den Bildungsorganen der Metallarbeiter, dem „Zeitgeist“, der in erster Reihe politische und gesellschaftswissenschaftliche Aufsätze bringt und nur einen kleinen Teil des Raumes der Lehre über das Fachgewerbe widmet. „Diese Einrichtung“, meint er, „dürfte den organisierten Arbeiter ihm-pathischer berühren als die vom Holzarbeiterverband herausgegebene Zeitschrift.“ Wir kennen den „Zeitgeist“ des Metallarbeiterverbandes nicht, können deshalb auch kein Urteil über ihn abgeben. Es handelt sich aber auch bei den genannten Organen gar nicht um Zeitschriften, die miteinander rivallisieren. Sie verfolgen, wenn die Angaben über den Inhalt des „Zeitgeist“ zutreffend sind, verschiedene Zwecke, und Kliche will mit seinem Urteil auch offenbar nur sagen, daß die Verbreitung politischer und gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze vom Standpunkt des organisierten Arbeiters verdienstlicher sei als die Pflege der fachgewerblichen Bildung. Das spricht er auch deutlich in den Schlüssen seines Artikels u.s.w., die also lauten:

„Ob freilich im Zeitalter des Klassenkampfes es grundsätzlich der Gewerkschaftspresse ist, für die fachwissenschaftliche Bildung der Organisationsmitglieder zu sorgen und die für die Kampfszwecke dringend nötigen Mittel zu verwenden, ist eine andere Frage, mit der sich die Generalversammlungen unserer Gewerkschaften sehr bald werden eingehend beschäftigen müssen. Waffen für den Kampf werden durch diese Fachbeschreibung nicht geschmiedet — und daß der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist, davon werden die sich stets mehr zusätzlichen Gegenseite die Gewerkschafter bald mehr, als manchem lieb ist, überzeugen.“

Hieran ist nur so viel richtig, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen sind. Es zeugt aber von einer recht beschränkten Auffassung der den Gewerkschaften obliegenden Aufgaben, wenn man sie ausschließlich als Organisationen betrachtet, die nichts weiter zu tun hätten, als Streiks zu führen. Um Slämpfe führen zu können, muß die Organisation ihre Mitglieder zu Slämpfern erziehen. Diese Erziehungsarbeit erstreckt sich aber auf mancherlei Spezialgebiete, unter welchen die berufliche Fortbildung nicht an letzter Stelle zu nennen ist. Auch im Beitalter des Klassenkampfes liegt es im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaft, daß ihre Mitglieder beruflich möglichst hoch qualifiziert sind. Manche findet, daß die Tüchtigkeit des gewerblichen Arbeiters dem Unternehmer zum Vorteil gereicht, und er scheint daraus zu folgern, daß es Pflicht der Gewerkschaft sei, dem Unternehmer diesen Vorteil nicht zu gönnen. Das wäre eine sehr törichte Schlussfolgerung. Die Gewerkschaften haben keineswegs die Aufgabe, dem Unternehmer Nachteil zuzufügen; sie sollen und wollen den Arbeitern die günstigsten Arbeitsbedingungen verschaffen. Sie dürfen, um ihre Aufgabe zu erfüllen, auch vor einem Kampf nicht zurückshreden, wobei es natürlich ohne Schädigung des Gegners nicht abgeht. Aber auf einen eigenen Vorteil verzichten, weil dieser auch dem Unternehmer zum Nutzen gereicht, das wäre eine dumme Politik, die zu treiben man den Gewerkschaften nicht zumuten soll.

Es bedarf keiner umständlichen Beweisführung, um zu erlernen, daß der beruflich tüchtige Arbeiter dem Unternehmer viel freier gegenübersteht; er kann rücksichtlos seine Interessen und die seiner Organisation wahren. Ganz anders als der minder Leistungsfähige, der bei jeder Opposition gegen eine unberechtigte Annahme gewärtigt muß, daß er entlassen wird. Das wäre, wenn man den Aufgabenkreis der Gewerkschaften als Kampforganisationen sehr eng zieht, schon Grund genug, die berufliche Tüchtigkeit der Mitglieder kräftig zu fördern. Aber die Gewerkschaften sind keineswegs so farsichtig, wie mancher beschränkten Kritik anzunehmen scheint. Sie fühlen sich als Glieder in dem großen Heer der klassebewußten Arbeiterschaft, und sie vergessen über ihre zu Erzielung unmittelbaren Erfolge geführten Kämpfe nicht die großen Aufgaben, die später noch ihrer Lösung durch die Arbeiterschaft harren. Wir wollen das Kulturniveau der Arbeiterklasse heben; dazu gehört nicht nur bessere Ernährung, Kleidung, Wohnung, die Erziehung zu höherem Genüssen usw., sondern die qualitative Steigerung der Arbeitsleistung steht damit im engsten Zusammenhang, sie bedingen sich gegenseitig.

Wir legen als Angehörige der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter großen Wert auf den Ausbau dieser Organisationen. Aber deshalb hören wir doch nicht auf, Mitglieder der großen Volksgemeinschaft zu sein. Wir alle sind interessiert an der Blüte und dem Wohlstand unseres Gemeinwesens; und diese Blüte wird um so glänzender sein, je größer die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen in seinem Berufe ist. Und wollen wir der Sache weiter schweifen lassen, denken wir daran, daß wir uns die Eröberung der politischen Macht durch die Arbeiterschicht zum Ziel gesetzt haben, daß wir danach streben, die „Expropriateure zu exproprieren“; müssen wir dann nicht auch im Hinblick auf diese letzten Ziele die berufliche Tüchtigkeit der Arbeiter zu steigern suchen?

Über warum in die Ferne schweisen? Der große Nutzen, der dem einzelnen Arbeiter daraus erwächst, daß er sicher eine große fachtechnische Fertigkeit verfügt, liegt sofort aufage, daß es im Grunde lächerlich ist, wenn man das erst noch beweisen muß. Und daß die Gewerkschaften die nächsten dazu sind, dem Bildungsdrang der Arbeiter, soweit er sich auf beruflichem Gebiete äußert, Rechnung zu tragen, ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort verlieren sollte. Wir wissen wohl, daß das „Fachblatt für Holzarbeiter“ den Unternehmern in der Holzindustrie direkt und indirekt Nutzen bringt. Das hat jedoch keinen Einfluß auf die Entschlüsseungen unserer Organisation. Entscheidend ist die Frage, ob das „Fachblatt“ den Holzarbeitern zum Vorteile gereicht. Und weil das der Fall ist, sind dem Verbande die Kosten, die dieses Bildungsmittel verursacht, nicht zu hoch.

Der Kampf im Baugewerbe. Die Aussperrung im Bau-  
gewerbe hat bei weitem nicht den Umfang angenommen,  
den ihr die Schärfsnächer im Baugewerbe zu geben wünsch-  
ten. Zieht haben sie eine Tabelle veröffentlicht, in welcher  
die angebliche Zahl der Ausgesperrten, nach Landesteilen  
geordnet, veröffentlicht ist. Danach wären insgesamt 188 000  
Bauarbeiter ausgesperrt. Aber in Wirklichkeit sind erheb-  
lich weniger von der Aussperrung betroffen. Nach dem  
„Grundstein“ waren 64 861 Mitglieder des Maurerver-  
bandes ausgesperrt, von welchen jedoch 6114 abgereist oder  
anderweitig in Arbeit getreten sind und 7518 im Bau-  
gewerbe wieder Arbeit gefunden haben, so daß am 27. April  
10 734 Mitglieder des Maurerverbandes zur Kontrolle er-  
schienen. Neben die Zahl der ausgesperrten Zimmerer  
liegen noch keine genauen Angaben vor; sie wird auf 20 000  
geschätzt. Dazu kommen 28 883 Mitglieder des Bauhilfs-  
arbeiterverbandes und 5500 Bauhilfsarbeiter, die in an-  
deren Verbänden organisiert sind. Vom christlichen Bau-  
arbeiterverband sind 18 224 Mitglieder ausgesperrt. So-  
vill wären von der Aussperrung 127 068 organisierte Ar-  
beiter betroffen; und zieht man die wegen Eintritt in ein  
anderes Arbeitsverhältnis aus den Listen Gestrichenen ab,  
so kann hinzufügen nur noch 112 411 Personen.

Diese Zahl bleibt sehr wesentlich hinter den Angaben der Unternehmer zurück, sie ist aber immer noch groß genug, denn voraussichtlich wird sich der Kampf noch längere Zeit hinziehen. Bei der Ausgenierung der Aussperrung haben die Unternehmer damit gerechnet, daß in spätestens

8 Wochen alles vorüber und die Arbeiter zu Kreuze gekrochen seien; sie werden sich aber jetzt schon darüber klar sein, daß diese Rechnung nicht stimmt. Wenn sie darauf warten wollen, daß sich die Arbeiter unterwerfen und die Dresdner Beschlüsse des Arbeitgeberbundes annehmen, dann dürfte ihnen die Zeit lang werden. Auf dieser Grundlage wird ein Frieden schwerlich zustande kommen. Einstweilen ist die Aussicht auf Verständigung sehr gering. Die in mehreren Städten von den Gemeindebehörden unternommenen Einigungsverhandlungen sind fast durchgängig gescheitert. In einigen Orten haben sich die Parteien verständigt und so die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht; das trifft auf Frankfurt a. O., Lindau und Springe zu. Auf den Stand des Kampfes im allgemeinen haben solche Aktionen natürlich keinen wesentlichen Einfluß.

Verantwortlich haben die am Kampf beteiligten Arbeiterorganisationen beschlossen, während der ersten zwei Wochen der Aussperrung leinerlei Unterstützung zu zahlen. Diese Maßnahme, die an den Opfermut des einzelnen hohe Ansprüche stellt, war notwendig, um die Massen der Organisationen zu schonen, damit sie um so länger dem Ansturm standhalten. Nun ist, nachdem auch die dritte Kampfwoche abgelaufen ist, mit der Auszahlung der Unterstützung begonnen worden und es werden für den Zweck allwochentlich gewaltige Summen gebraucht. Aber deshalb werden die ausgesperrten Bauarbeiter doch durchhalten. Sie wissen, daß in diesem Kampfe die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen steht. Nun sind allenthalben Sammlungen eingeleitet und das Ergebnis derselben wird die Bauarbeiter in die Lage versetzen, es so lange auszuhalten, bis sich die Unternehmer von der Vergeblichkeit ihres Versuchs, die Gewerkschaften matt zu setzen, überzeugt haben.

Der Buchbinderverband konnte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum feiern. Aus diesem Anlaß brachte die im festlichen Gewande erschienene Nr. 18 der „Buchbindерzeitung“ interessante Meldungen auf die Entwicklung

Überlegung interessante Rückblicke auf die Entwicklung der Organisation. Der früher bestandene Buchbinder-

verband war wie fast alle damals bestehenden Gewerkschaften im Jahre 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen. Die Schaffung einer neuen Organisation nahm dann den gleichen Verlauf, wie man ihn auch in den meisten übrigen Berufen beobachten konnte. Es bildeten sich zunächst lokale Vereine, die sich die Unterstützung der reisenden Mitglieder zur Aufgabe machten, zugleich aber zum Sammelpunkt der Berufsgenossen am Ort wurden. Diese örtlichen Vereine traten in ein Kartellverhältnis zueinander. Um eine engere Verbindung zu schaffen, wurde auf den 4. April 1885 ein Kongress der deutschen Buchbindereinberufen, auf welchem nach dem Muster der wenige Jahre zuvor geschaffenen Organisation der Tischler ein Verband der Vereine der Buchbindere usw. geschaffen wurde. Dieser Verband trat mit dem 1. Mai 1885 in Wirksamkeit. Ihm traten 25 Vereine mit 1569 Mitgliedern bei. Der Sitz des Verbandes wurde Stuttgart. Als Vorsitzender fungierte A. Dietrich, der aber erst im Jahre 1890 fest angestellt wurde. Die Organisationsform wurde im Jahre 1898 geändert, indem der Verband von Vereinen in einen Verband von Einzelmitgliedern umgewandelt wurde. Im Jahre 1904 wurde der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt, und an die Stelle von Dietrich, der nicht nach Berlin übersiedeln wollte, Kloß zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Der Verband der Buchbindere hat eine gesunde Entwicklung genommen. Er zählt jetzt 25 000 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 385 527 Mk. In einer Reihe größerer Kämpfe hat er sich als wirksamer Schützer der Interessen der Berufsgenossen bewährt und mit Befriedigung kann er auf die erzielten Erfolge hinweisen. Zu Beginn dieses Jahres waren 82 vom Buchbinderverband abgeschlossene Tarife in Kraft, die für 674 Betriebe mit 20 982 Personen galten.

Der Verbandstag des Dachdeckerverbandes fand am

Der Gründungsversammlung des Dresdner Verbandes fand am 11. bis 14. April in Dresden statt. Der Verband hat unter der Krise gelitten und zählt gegenwärtig 6191 Mitglieder. Trotzdem waren in den letzten zwei Jahren allein 4494 Berufssangehörige an Lohnbewegungen beteiligt und kamen für 2770 Personen die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt werden. Eine erhebliche Debatte erregte die Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband, auf deren Notwendigkeit jetzt erneut die Aktionen des Bauprozents umzuweisen. Der Verbandstag erklärte sich denn auch im Prinzip für die Verschmelzung und sollen Vorstand und Zeitung im gleichen Sinne wirken. Zur endgültigen Entscheidung soll im Sommer 1911 eine Abstimmung stattfinden.

Schwed's besserer Durchführung der Lohnbewegungen wurde beschlossen, daß alle Mitglieder des jeweiligen Bezugungsgebietes, die während eines Lohnkampfes in Arbeit seien, den doppelten Beitrag zu entrichten haben. Während der Dauer der gegenwärtigen Bauarbeiteraussperrung soll dies für alle arbeitenden Mitglieder des Verbandes gelten. Der nächste Verbandstag wird mit dem der Bauarbeiter zu gleicher Zeit und am gleichen Orte stattfinden.

Der Handlungsgesellenverband ist in ständigem Wachstum begriffen. Seine Mitgliederzahl, die Ende 1907 noch 194 betrug und bis Ende 1908 auf 8804 angewachsen war, stieg im Jahre 1909 auf 9870. Seither ist eine weitere erhebliche Zunahme zu verzeichnen; Ende März dieses Jahres betrug die Mitgliederzahl bereits 10.691. Der

ahres betrug die Mitgliederzahl bereits 19 694. Der erhabend hat in den letzten Jahren in einer Reihe von allen Lohnbewegungen der Handlungsgehilfen, insbesondere in Warenhäusern, erfolgreich durchgeführt und mit Konsumvereinen im Jahre 1908/9 Verträge für 834 Angestellte und 1909/10 Verträge für 1243 Angestellte abgeschlossen. Das Vermögen des Verbandes betrug Ende 00 25 905 M.

Der Verband der Kupferschmiede hielt seinen Verhandstag vom 28. März bis 2. April in Mannheim ab. Aus den Beschlüssen ist zu erwähnen, daß die statutarischen Rechte der Mitglieder bei Maßregelungen infolge der Kaiser durch die Schaffung der lokalen Unterstützungsfonds nicht berührt werden sollen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai wird für die Betriebe empfohlen, in denen mindestens drei Viertel der Beschäftigten dafür eintreten. Kommt es wegen der Arbeitsruhe zu Maßregelungen, so dürfen Forderungen dieserhalb nicht gestellt werden. Das Beitrittsgeld wurde von 2 M. auf 50 Pf. für Lehrlinge auf 20 Pf. herabgesetzt, der Beitrag dagegen von 60 auf 65 Pf. erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung

wird festgesetzt auf 1 Ml. pro Tag bis zur Gesamthöhe von 60 Ml. nach einjähriger Mitgliedschaft, steigend bis zu 2 Ml. und 150 Ml. nach 10 Wettkampfjahren. Bei der Streifunterstützung werden die seitherigen Höhe herabgesetzt, und soll künftig gezahlt werden bei Wettkampfleistung bis zu 18 Wochen 6 Ml. pro Woche, bis zu 28 Wochen 9 Ml., bis zu 52 Wochen 10 Ml., darüber 14 Ml., außerdem in allen Klassen pro Kind 1 Ml. Die Frage einer technischen Meileage zum Verbandsorgan sowie die Frage bildender Veranstaltungen für die Jugend wurden dem Vorstande zur Erörterung überwiesen. Die Gehälter der Angestellten sollen nach den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses geregelt werden. Der nächste Verbandsstag findet 1913 in Stettin statt.

## Brieftafeln.

Nach Walbenburg i. Schl. Es ist ganz recht, daß Du uns die interessante Zeitung "Der Feierabend des Arbeiters" schickst. Über es wäre diesem Wurstblatt, das seine geistige Mott offenbar aus der Subellüche des Reichsverbandes bezieht, zuviel Ehre angetan, wollten wir mit ihm polemizieren.

Wie fachverständig die Leute sind, die in diesem „Weltblatt“ ihr Gift gegen den deutschen Holzarbeiterverband ausspielen und dazu die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geführte Diskussion über die Beitragsfrage als Anlaß nehmen, zeigt allein schon die Wendung in bezug auf die Meiseunterstützung. Ein Kollege hat in der Diskussion die Einschränkung der Meiseunterstützung empfohlen. Daraus macht der wahrheitsliebende Reichsverbandsmann: „Ein Mitglied, das schlecht auf die vielen Reisen der Führer und auf die häufigen Verbandstage zu sprechen ist.“ — Sollen wir uns mit solchem Gesindel herumschlagen? Wir verzichten darauf aus Meinlichkeitsgründen.

# Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(C. H. 8 in Hamburg).

**Sinnahmen im April:**  
Überüberschüsse sandten ein: Lichtenberg 800, Freiburg i. W. 500, Berlin 7, Köln 1, Kirchheim, Mündorf je 400, Brandenburg, Gutsbüsch, Johanngeorgenstadt, Ml.-Bischöfer, Nedarcu, Banslow, Ulrich je 800, Bitterfeld, Connewitz, Kreisfeld, Vieteshem, Düsseldorf, Gohlis, Johannishberg, Mainz, Modau, Mombach, Mühlheim a. Rh., Nordhausen, Schleusingen, Schw.-Gmünd je 200, Pieschen, Wismersdorf je 250, Niedenstein, Passau je 180, Schwenningen 178,20, Meichenbach 170, Berghofen, Vielesfeld, Budau, Cannstatt, Endenich, Gera, Haibach, Hamburg II, Lindenthal, Ohrdruf, Plauen i. W., Rheindt, Schwerin, Striegau, Untergrüne je 150, Großenritte, Zwidau je 140, Arnstadt 180, Hochstadt, Niemehna je 120, Hörde 121,85, Achim, Altbach, Ilse, Badnang, Baumschulenweg, Bochnang, Röthen, Rötta, Friedberg, Friedenau, Gosenheim, Grethen, Haan, Heidingsfeld, Hemmoor, Hürth, Kassel, Kellheim, Königsberg, Lambrecht, Magdeburg, Mölln, Mühlheim a. M., Muggensturm, Neuenburg, Neustadt b. L., Niesky, Osterweddingen, Pforzheim, Rabenau, Riesa, Röb, Rudolstadt, Schala, Schw.-Hall, Stendal, Tauberbischofsheim, Tharandt, Wangen, Wehlheiden, Winsen, Wintersdorf, Witten je 100, Plauen b. Dr. 90, Ichhove, Kalteneckordheim, Wternsheim je 80, Eberswalde, Großenhain, Schmölln, Waldbheim, Weimar je 75, Strehlen, Leudern, Beulenroda je 70, Alpolda, Hadershausen, Launsbach je 60, Bohenheim, Brühl, Rottbus, Langewiesen, Mühlhausen je 50, Gräfenroda 49,80, Freiburg i. Schl. 40, Oberkirch 80, Debschwitz 20.

Gumme der Ueberschüsse . . . . .	17 612,85	M.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . .	2 798,70	"
Eintrittsgeld . . . . .	18,80	"
Zinsen von Kapitalien . . . . .	6 088,00	"
Constige Einnahmen . . . . .	679,05	"

Gesamteinnahmen . 28 092,20 M.  
Buschus erhielten: Offenbach 800, Berlin C., Freiburg i. B., München III je 500, Frankfurt a. M. 400, Kassel, Feudenheim, Meissen, Mülheim a. d. R., Schönebeck je 300, Westhofen 250, Adlershof, Wittenberg, Bergen, Böhlitz-Ehrenberg, Bonn, Durlach, Esthal, Feuerbach, Halle, Kaiserlautern, Kiel, Löbau, Mündenheim, Neuhofen, Niederschweinau, Sossenheim, Weinheim je 200, Ansbach, Wahnsdorf, Bildendorf, Bombach, Brix, Dunglau, Gelsenkirchen, Gräbendorf, Hagen, Kestenich, Seelbach, Spandau je 150, Buchheim, Dörnberg je 140, Alte Neustadt, Blankenburg, S., Budenheim, Budenheim, Degerloch, Detmold, Einthausen, Hörsheim, Hermülheim, Kriestel, Lüdenau, Lüneburg, Karbach, Nauheim, Neu-Ruppin, Nbr.-Bwehren, Oettensen, O.-Kriestel, Oranienburg, Osendorf, Pfaffenwiesbach, Ostrode, Rorheim, Salzmünster, St.-Gangloff, Schniedersfeld, Schöneberg, Sedenheim, Biersen, Wachenbuchen, Bussenhausen je 100, Herbede 90, Sülfeld 80, Sudenburg 75, Selhausen, Langenberg je 70, Braunschweig 50, Alsbach, Kahla 30, Burgstädt 28,22.

Summe der Zuschüsse . . . . .	13 763,23	M.
Krankengeld an Einzelmitglieder . . . . .	2 987,20	
Sterbegeld . . . . .		
Gesetzliche Ausgaben . . . . .	4 869,51	
Gesamtausgabe		21 119,93 M.
Gesamteinnahme . . . . .	26 002,20	M.
Gesamtausgabe . . . . .	21 119,93	

Bunahme des Vermögens 4 972,97 DR.

# Allgemeine Strafen- und Sterbeliste der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. 86, Hamburg.)

Im April sandten Nebenschüsse ein: Berlin A 300 Mf., Berlin C 300 Mf., Berlin D 300 Mf., Croissen 300 Mf., Carmen 200 Mf., Haan 200 Mf., Böhlpe 100 Mf., Ohliges 100 Mf., Schwaedrich 100 Mf., Wüne 100 Mf.

W., Schweidnitz 100 M., Burg 100 M., Stettin  
M., Halle 60 M., Gumiha 2135 M.  
Buschhütz erhielten: Wald 150 M., Beuel 100 M.,  
Elmstedt 100 M., Gumiha 550 M.

Ful. Maßmann, Hamburg 19.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Frankfurt a. M., Samstag, den 21. Mai  
abends 11 Uhr, Gesamtversammlung der Wagner  
im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal A.

**Anzeigen.**

Bendheim a. d. Bergstraße. Bevollmächtigter  
Andreas Spangler. An diejenigen sind die Büchsen  
zu richten.

**Werk.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahl-  
stelle für Tischler, Drechsler, Möbelarbeiter, Stell-  
macher, Glasmacher und Korbmacher befindet sich  
Lederstrasse 1. Die Kollegen werden erucht, diesen  
Arbeitsnachweis zu benötigen. Umzuhauen im Kreis  
verbietet. Die Werkunterstellung wird nur im Nach-  
wirkungsbereich ausbezahlt.

**Werkstatt.** Der Arbeitsnachweis ist Tischler  
Möbelarbeiter, Drechsler und Wagner bestellt  
in dem steilen Felsen, Hermannstr. 2. Vorn dar-  
auf befindet sich eine Tischlerei. Die Werkunter-  
stellung wird im Gewerkschaftshaus, Bergstraße 41  
ausbezahlt. Am Donnerstag abends 7-8 Uhr, an  
Samt- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

**Gestalt Ballhäuser.** Tischler, fende deine Adresse  
Ballhäuser, Westhacht, Wohlweg 2.

**Rich. Fritzsche.** Tischler, Wöhrn, 441000, geb.  
20. 12. 1861 zu Oberhau-  
sende deine Adresse an Adolf Heimke in Wilsdruff  
(Sachsen), Bergstraße 231. Auch Kollegen, die etwas  
von ihm wissen, werden um Nachricht gebeten.

Jünger, tüchtiger Tischlergeselle findet  
dauernde Beschäftigung.

**Hermann Kuras.** Tischlerei

Urzustadt (Posen).

Tischler als Meister für Österreich-Ungarn, für  
Werkzeuge u. Beschläge. Hoher  
Werdienst. Derselbe muss Österreichischer und  
der tschechischen Sprache mächtig sein. Ver-  
werbungen bitte unter T. R. 208 an die  
Exp. d. Btg.

Tüchtige, selbständige Möbeltischler auf  
weiße Möbel, sucht  
Mr. C. Brünken, Möbelfabrik  
Haderseleben.

Modellschreiner, die schon für Kunsts-  
steine gearbeitet haben, zu sofortigem Eintritt  
geföhrt.

**Ulmer Kunststein- und Betonwerk-**

Blaubüren.

Mehrere tüchtige Tischler für bessere  
Speisezimmer sowie Weizer und Polierer  
gesucht, möglichst über 20 Jahre.

**Arbeitsnachweis.** Zeulenroda.

8 bis 4 tüchtige, selbständige, ältere  
Möbelschreiner und 1 Vertigmacher finden  
dauernde, gut bezahlte Stellung bei  
Gustav Böhler, Möbelfabrik, Spachingen.

Tüchtiger Werkführer, eingerichtet für  
bessere Möbel, welcher die Fakkulation und  
Buchführung kennt, wird geföhrt. Off. unt.  
G. W. 210 an d. Exp. d. Btg.

Zwei ältere Stuhlbauer, welche perfekt  
auf Sessel und bessere Stühle nach Zeichnung  
arbeiten können, suchen veränderungsfähiger  
dauernde Beschäftigung. Bessere Möbelfabrik  
besorgt. Gest. Off. erk. unt. G. W. 209  
an d. Exp. d. Btg.

Tüchtiger, jüngerer Werkzeugmacher  
(Kobelmacher) sofort geföhrt.  
Christoph Krehn, Werkzeugfabrikant  
Fürth i. Bayern.

Perfekter Polierer gesucht.  
Frankfurter Stockfabrik  
Carl Pfeiffer & Co., Frankfurt a. M.  
Bogelbergstr. 32.

Tüchtiger Holzdrückler findet angenehme  
und dauernde Stellung bei  
Becker & Co., Holzbearbeitung, Alsfeld.

Tüchtiger, zuverlässiger Cartierer und  
Schleifer sofort geföhrt. Unverheirateter  
befragt. G. Schreier, Erlangen.

1. Korbmacher auf Gestellarbeit wird  
sofort geföhrt.

Ernst Thien, Korbmeister  
Zwenkau bei Leipzig, Ritterstraße.

Gesucht Korbmacher auf Beddigrohr-  
möbel. Arbeiter, die auf dauernde Jahres-  
stelle jehen, erhalten den Vorzug.

Schriftliche Angebote sind zu richten an  
Rohrindustrie Rheinfelden (Schweiz).

**Jüngere Korbmacher**

auf Gestellarbeit, besonders Beddigmöbel,  
per sofort geföhrt.  
**Körnereibefrei Berg & Schulz**

Glensburg.

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit.

Joh. Becker, Nitrich (Schlesien).

1 Korbmachergeselle sucht auf Metall-  
und Waschkörbe. Hugo Helmcke

Sangerhausen, Katharinenstr. 14.

Selbständiger Steinmacher sof. geföhrt.

W. Blägler, Wanzleben, Bez. Magdeburg.

1 Steinmacher auf Ware und Bu-  
richten wird geföhrt.

Karl Daten, Hosen b. Berlin.

Suche auf sofort tüchtige Vercher für  
bauernde Werkstattigung.

G. Schade, Werkstätte, Lippstadt, Westf.

Eine gutgehende Tischlerei mit  
Wohnhaus und großem Garten, in einem  
großen Dorf, dicht am Bahnhof, ist wegen  
anderer Unternehmen mit einer kleinen An-  
zahlung sofort zu verkaufen.

Karl Schütsfeld, Tischlermeister

Friedrichswalde, II.-W.

Stellmacheret mit Stammabend, Sobesfall  
halber, sofort zu verkaufen.

Münster, Hammendorf, Post Kreisbau,

b. Kaisersthal (Schlesien).

**Reform-Putzhobel „Matador“**

gesetzlich geföhrt, übertrifft unschreitbar alle  
bisher existierenden Putzhobel. Verlangen

Sie unseres reichhaltigen Katalogs über  
Werkzeuge gratis und franko.

Gebr. Genut, Cassel 12.

**Tausende verdanken ihr gediegernes Fach**

wissen u. können

den Selbstunterrichtswerken Syst.

Kaftack-Hachfeld : Fachschulen für

Zimmermanns-, Holzbild-

hauer, Kunst- u. Möbel-

tischler, Kautischl. Aner-

kennungen u. Abschicksendungen

bereitwillig ohne Kaufzwang.

Bonness & Hachfeld, Potsdam W, 10

Neu! D. R. G. M. Neu!

**Suchschwanz, zweischneidig**

Blattlänge 25 cm à 2,50 Mr.

— Ohne Zweifel der Beste.

**Spezialgeschäft amerik. und engl. Tischler-  
und Bildhauer-Werkzeuge : Abziehsteine,  
Reformmöbel und Neuerheiten. Jeder verlangt  
sofort neue Preisliste gratis von ::::**

Otto Bergmann, Berlin 50. 33, Oppelnstr. 81.

**Schreiner gesucht**

und zwar Spezialisten auf gute, polierte Salva-Genturen und bessere Stühle.

Aber ganz tüchtige, exakte Leute wollen sich melden.

**Schubert & Schramm, Möbelfabrik, Utwil am Bodensee (Schweiz).**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband : Verwaltungsstelle Hamburg.**

Bureau: Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 67 III :: Telephon: Amt V, 298.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß im Zahlstellengebiet nur der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benötigen ist.

Der Arbeitsnachweis der Hamburger Tischler-Innung ist stets zu melden!

Das Umzuhauen ist nicht gestattet!

Jeder im Zahlstellengebiet in Arbeit tretende Kollege muß einen Ausweis seitens

unseres Arbeitsnachweises im Besitz haben.

Der Arbeitsnachweis befindet sich nur im Gewerkschaftshaus, Besenbinder-

hof 67, Hintergebäude. Hörsaal: Erdgesch. Vermittlungszeit von 10 bis 12 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

**Patent - Abziehsteine**

D. R. P. Nr. 168433

aus Schmirgel, Diamantin, Carbositit, Corund.

Unerreicht an Härte, werden nie stumpf.

Für Öl und Wasser.

Volle Garantie für jeden Stein.

**Größen:**

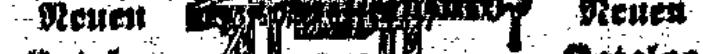
220×50 mm doppelt grob und fein à Stück 4,- Mk.

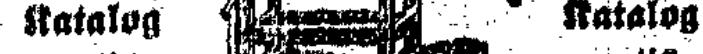
155×45 " einfach fein ", " " " " 2,- "

Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung

Versand gegen Nachnahme.

Heinr. Clasen & Co., Altona (Elbe).

Neuen  Neuen

catalog  catalog

gratuit.

**Hobelbänke :: Hobel Montagebänke**

alle anderen Holzwerkzeuge

offerieren billigst

Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz

Werkzeugfabrik.

**Schreiner- Werkzeuge**

Werkzeuge: Putzhobel, keine Rückensägen,

viele andere Neuerheiten. Katalog gratis und franko.

HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus,

Hagen i. W.

**Scherms Reisehandbuch**

• für wandernde Arbeiter.

(Tourist. i. Rkt.) über 2000 Reisetouren.

3 Karten, Gebund. Mr. 1,50. Bi. beitreten

durch G. Scherm, Stuttgart, u. alle Buchh.

**Tischlerwerkzeuge,** anerkannt

das Beste, fabriziert und hält auf Lager b. Gimstedt,

Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preisl. z. Dienst.

**Qualitäts-Marken und**

**Kautschuk - Stempel**

liefer seit 80 Jahren

Jean Holze & Co.

Hamburg, Besenbinderhof 70.

**Tischler-Fachschule Detmold**

gegründet 1893. Städ. Schul-

gebäude, Meister, Werkmeister,

Zeichner, Große Hörs- und

Zelchen-Säle. : Werkstätten.

" Programme fr. u. "

**DIREKTOR BRECHT.**

**Gewerkschaftshaus Hamburg ::**

... G. m. b. H. ...

Wir empfehlen den Genossen unser

neu eingerichtetes Hotel

Gäste in Morgenlasse 2, — Mr. und 2,50 Mr.

Unsere Herberge bringt wir den reisenden Genossen in empfehlende Erinnerung.

Wetten zu 50, 60 und 70 Pf. pro Nacht inkl. Morgenlasse und Brötchen.

Die Verwaltung.

**Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik**

Nach meinem durch

verfahren werden die Poren des Holzes beim Polleren mit spritlösigem Pollerpulver

(Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

• : : : eine sofortige Porenfüllung • : :

man erspart Material, Zeit, Arbeit,

erzielt : : : edlen, unverschleierten, gläsernen Hochglanz, klare,

durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flamm-